

# Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.  
Bezugspreis monatlich 35 Pf., vierteljährlich 1,00 RM., einschließlich Erbgeld. In den Abbestellungen monatlich 70 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 RM. einschließlich Postgeb. Einzelnummer 10 Pf.

Anzeigenpreise:  
Die 6spaltige Zeile 25 Bsp. für auswärts 30 Bsp., die 2spaltige Reklamezeile 80 Bsp. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Bsp. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.  
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

## Organ für die werftätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition  
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 13

Danzig, Sonnabend den 31. März 1917

8. Jahrgang

### Die russische Umwälzung und der Krieg.

Die sichersten Nachrichten über den Verlauf der russischen Revolution kommen aus England. Die englischen Blätter haben direkt durch ihre Vertreter und indirekt durch die englische Volkswacht die besten Verbindungen mit der neuen liberalen Regierung, die ja mit Hilfe der englischen Regisseure geschaffen worden ist. Allerdings muß man die englischen Depeschen zu lesen verstehen, um das Richtige und das Tatsächliche herauszuschälen.

Wußt man diese Kunst, so erfährt man, daß zwischen der liberalen Dumaregierung und der Vertretung der Petersburger Arbeiterschaft ein heftiger Kampf tobt. In deutschen bürgerlichen Blättern wird irrtümlich gemeint, dieser Kampf sei die beginnende Gegenrevolution. Davon kann keine Rede sein. Das Auftreten und Eingreifen der Arbeiterschaft hat den liberalen russisch-englischen Staatsstreich erst zur Revolution erhoben; er kann daher nicht zu einer Gegenrevolution auswachsen. Die Gefahr der Gegenbewegung besteht natürlich; sie droht aber lediglich von der reaktionären Seite. Die Zarentreuen scheinen sich indessen noch nicht zur Gegenwehr aufzurufen zu können oder der revolutionär zensierte Draht verschweigt ihre Taten. Auf die Willensäußerungen einiger Gouverneure — vorausgesetzt, daß sie echt sind — kommt's nicht mehr an.

Dagegen ist der Petersburger Kampf zwischen Arbeiterdelegierten und Dumaregierung eine Tatsache, die nicht mehr anzuzweifeln ist. Der Verkauf der großen Bewegung ist eben ein anderer, wie sich die englischen Regisseure ihn im Einverständnis mit den Führern des liberalen Blocks vorgezeichnet hatten. Danach sollte zu Anfang nur eine andere Regierung an die Spitze treten; dem Zaren kein Haar gekrümmt werden. Mit dieser Wenderung hofften die Engländer und ihre Freunde den Krieg bis zum englischen Siege weiterführen zu können.

Aber selbst zu dieser Abschwächung des zarischen Systems brauchten die Liberalen die Hilfe der Arbeiterschaft. Die Arbeiter stellten natürlich ihre Bedingungen. Der Zar slog über Bord; in seinen Armen den vielgesteckten Sohn, von dem er sich nicht trennen durfte. Michail hatte urplötzlich demokratische Neigungen zu bekunden; Nikolaus, der Onkel, auf den Oberbefehl des Feldheeres zu verzichten. So wurden in wenigen Tagen sämtliche Romanows ausgeschaltet. Durch die Arbeiter, nicht durch die Liberalen. Die ganze Dynastie verschwindet im Privatleben. Durch die Arbeiter, nicht durch die Liberalen.

Die Differenzen zwischen Arbeiterschaft und Dumablock sind damit nicht erschöpft. Die dynastischen Fragen sind aber die sichtbarsten und werden daher neben dem Hunger die größten Folgen auslösen. Je nach den örtlichen Führern werden sie die Gegenrevolution dort ersticken, dort aufflammen lassen. Unter allen Umständen wird durch die bisherigen Siege der Arbeiterschaft über die Liberalen das ganze Land aufgewühlt.

Diese Aussicht ist's, die in England ein wahres Schlottern der Knie erregt. Je tiefer und weiter die Revolution greift, um so weniger kann ein von diesem Fieber gepacktes Land einen äußeren Krieg führen. Um so weiter schwindet die Hoffnung, daß sich Rußland bis zum letzten Soldaten für England schlagen wird. So gerissen und erfolgreich immer die englische Diplomatie noch während des Krieges gegen Deutschland gearbeitet hat — die Vereinigten Staaten und China sind die letzten Beweise —, so sehr diegliebt ist im russischen Falle ihre raffinierte Spitze ins Gegenteil um. Die Geleise der Revolution sind den Engländern offenbar unbekannt geworden; ihre eigene ist dem gegenwärtigen diplomatischen Geschlecht zu weit entrückt.

Das Zarenreich sollte England den Sieg über Deutschland bringen; Rußland wird dagegen die englischen Machthaber dazu nötigen, ihren Hochmut abzulegen und auf die deutsche Friedensbereitschaft einzugehen. Den Umschlag wird die russische Revolution bewirken.

Jede Revolution hat ihre eigene innere Logik. Daß sie schmerzerade den Weg vollziehe, den die Urheber ihr bestimmen wollten, hat die Geschichte der Volkserhebungen uns noch nie schenken lassen. Was die englischen Machthaber angestrebt haben, wird wohl die Erziehung einer, wie sie meinen, schlaffen und kriegsmüden Regierung durch eine kriegswilde Herrschaft gewesen sein. Die schlauen englischen Diplomaten wollten eine Regierung, die kein Einhalten im Kriege für England kennt, für ihn alles aufbeist und alles auch aufs Spiel setzt. Die, bevor sie sich zum Frieden bereit finden läßt, lieber einen Ver-

weistungskampf entfesselt, in den sie alles hineinwirft, was das große Rußland an Menschen und Gütern besitzt.

Das mag der Plan gewesen sein, darauf wird der Wille der englischen Machthaber gerichtet sein. Das wäre unter Umständen ein Staatsstreich gewesen. Aber durch die Gewalt, die in den Dingen liegt, ist aus ihm die Revolution geworden. Und nun gilt nicht, was geplant, beabsichtigt und gewünscht ward. Nun gilt, was geschehen ist!

Wer will nun glauben, daß sich das hungernde Volk in den Straßen der großen russischen Städte erhebt, um die Fortsetzung des Krieges zu fordern? Daß es revoltiert, weil der Krieg, der bereits die ungeheuerlichen Opfer gekostet hat, noch immer nicht „wirksam“ und „energisch“ geführt werde? Freilich, es sind von Rußlands Millionenheere noch nicht genug Menschen gefötet, verwundet, gefangengenommen worden! „Das Volk erwartet“ also, daß man den Krieg „wirksamer“ und „energischer“ führe, also vom Volke nur noch immer größere Opfer in Anspruch nehme! Und weil es sieht, daß die Regierung sich bedenkt, daß sie schwankt und zögert, jagt es sie davon! Natürlich, wie wird das russische Volk nach drei Kriegsjahren, nach seinen Blutopfern, die alles überragen, was je einem Volk und Staat an Kriegsuneil zugemutet ward, kriegsmüde sein! Bonar Law und die englischen wie französischen Zeitungsleute wissen es: das Volk erwartet mehr Kriegsenergie; das Volk will Krieg und nichts als Krieg! Ueber diesen Trost können wir nur lachen. Während sie so selbstsicher reden oder schreiben, schlottern sie an allen Gliedern.

Die neuen russischen Männer des liberalen Blocks mögen so kriegsentschlossen sein, wie die englischen Machthaber sie sich vorstellen. Sie sind doch durch die Revolution zur Herrschaft gelangt und können sich am Ruder nur erhalten, wenn sie die Volkstrotzer der revolutionären Gedanken werden, die sie emporgedrückt haben. Es ist eine Sinnlosigkeit, dem Zaren und den zarischen Ministern nachzuliegen, daß sie den Krieg nur lässig und widerwillig geführt haben. Sie haben ihn nur unentüchtigt und unglücklich geführt. An Willen hat es ihnen wahrlich nicht gefehlt, nur an Fähigkeit. Ueber alle im Kriege hervorgekommenen Mängel liegen weit weniger in den Ministern. Sie sind verurteilt in der Unzulänglichkeit und Rückständigkeit des gesamten sozialen und wirtschaftlichen Organismus des Riesensates, der diesen ebenso durch Umfang als durch Dauer beispiellosen furchtbaren Krieg einfach nicht gewachsen ist. Diese Unzulänglichkeit des ganzen staatlichen und gesellschaftlichen Apparats zu überwinden, sind aber die neuen Männer ebenso unermögend wie die alten.

Daneben steht für Rußland mit dem Kriege weit weniger auf dem Spiele als für jeden andern Staat. Es bleibt in jedem Fall ein in jedem Betracht riesenhafes Reich, mit unübersehbaren Möglichkeiten der Entwicklung; groß, mächtig, zukunftsreich. Die Engländer, die die Welt beherrschen wollen, mögen an dem Wahne festhalten, daß sie Deutschland besiegen müssen. Für Rußland ist dieses englische Kriegsziel alles andre denn eine Lebensfrage. Diese innere Wahrheit kann geraume Zeit verschleiert werden. Die Ehrgeizigen der Duma mögen sich gegen sie sträuben; sie drängt doch hervor und sie muß und wird sich durchsetzen.

Das Volk ist voll der Empörung über die Leiden, die der Krieg über es gebracht hat. Es schreit nach Befreiung, es will nur eins: das Ende dieser fürchterlichen Not. Diese Furcht vor dem Volke muß das Handeln der neuen Männer bestimmen. Sie wären in dem Augenblick verloren, da das Volk wahrnimmt, daß sie keine Leiden noch mehr wollen. Die revolutionären Kräfte, einmal entbunden, stehen nicht wirkungslos in ihr Bett zurück.

Der größte, wichtigste und gewaltigste Staat der Allianz, die den Krieg fortsetzen will und bis zum Ausbluten der Menschheit führen möchte, hat daher hinfort den Bürgerkrieg im Laibe!

Der Zwiespalt im Lande wird sich in die Arme verbreiten und sein Werk auch dort tun. Ob Rußland den Krieg fortsetzen könnte, wenn die Kriegsneigung unerschütterlt bliebe, ist vielleicht auch nicht mehr gewiß. Wie soll aber die Fortsetzung möglich sein, zu immer gewaltigeren Dimensionen sich steigend möglich sein, wenn Rußland von den Fiebern der Revolution geschüttelt wird und jeder Kriegswille auf einen mindestens so starken Gegenwillen stößt?!

Die stärkste militärische Stütze des Krieges ist erschüttert, und diese Erschütterung wird weitergehen, bis sie den ganzen Kriegswillen der Entente ergriffen hat. Der Krieg hat durch die russische Revolution den stärksten Schlag empfangen, und die Ueberzeugung steigt empor, daß er sich von diesem Schlage nicht mehr erholen wird.

Die Kriegsanleihe ist die Waffe der Dabeimgebliebenen

### Die neuen Preise.

Das Kriegsernährungsamt teilt in einer längeren Veröffentlichung mit, der Bundesrat habe nunmehr nach Vorbereitung durch die zuständigen Ausschüsse die Preisvorlage des Kriegsernährungsamts im wesentlichen unverändert angenommen. Danach wird für den Berliner Bezirk der Preis des Roggens auf 270 Mt., der des Weizens auf 290 Mt. für die Tonne erhöht. Die bisherigen Preisunterschiede zwischen dem Osten und Westen bleiben für diese Fruchtarten bestehen. Die Hafer- und Gerstenpreise werden herabgesetzt, und zwar der Preis des Hafers, der im vorigen Jahre 300 bis 360 Mt., im laufenden Jahre 300 Mt. abfallen bis auf 270 Mt. betrug, durchweg auf 270 Mt. der Preis der Gerste, die im vorigen Jahre bis 360 Mt. und im laufenden Jahre, von geringeren Mengen billigerer Futtergerste abgesehen, zwischen 340 und 300 Mt. kostete, gleichfalls durchweg auf 270 Mt. unter Abstandnahme von Zuschlägen für Qualitätsgerste. Die Preise für Hülsenfrüchte und Getreide für das nächste Jahr bleiben, wie bisher festgesetzt, bestehen, unter Abrechnung der bei einzelnen Sorten bisher bestehenden Pfennigbruchteile auf ganze Mark für die Tonne.

Der Zuckerrüben-Mindestpreis beträgt nach der schon bekanntgegebenen Bundesratsverordnung 2,50 Mt. für den Zentner. Der Kartoffelpreis, der im laufenden Jahre bekanntlich 4 bis 5 Mt., durchschnittlich etwa 4,50 Mt. beträgt, soll auf 5 Mt. erhöht werden. Dem aus West- und Mitteldeutschland und von städtischen Kreisen lebhaft geäußerten Wunsch entsprechend soll für Gegenden mit besonders hohen Friedenspreisen für Speisekartoffeln die Erhöhung des Preises bis höchstens auf 6 Mt. durch Anordnung der Landeszentralbehörde oder der von ihr zu bezeichnenden Stelle gestattet werden. Der Herbst-Kartoffelpreis tritt statt wie bisher am 1. Oktober schon am 15. September anstelle des höheren Frühkartoffelpreises in Kraft und soll, um die Lieferung an die Bedarfsbezirke im Herbst möglichst zu steigern, zum Frühjahr nicht steigen, sondern das Jahr über unverändert bleiben. Für unvertefene Fabrikkartoffeln wird im Gegensatz zu dem laufenden Jahr ein der Höhe nach noch festzusetzender Preiszuschlag eintreten.

Für Runkelrüben, Kohlrüben und Feldmöhren werden, von der Neigung, ihren Anbau anstelle des Kartoffel- und Zuckerrübenanbaues aufzusehen zu steigern, entgegenzuwirken, erheblich niedrigere Höchstpreise wie bisher, nämlich 1,50 Mt. (bisher 1,80 Mt.) bzw. 1,75 Mt. (bisher 2,50 Mt.) und 2,50 Mt. (bisher 4 Mt.) für den Zentner festgesetzt. Lieferungsverträge zu höheren Preisen über Kohlrüben sollen nicht mehr abgeschlossen werden.

Der Präsident des Kriegsernährungsamts bleibt berechtigt, soweit es zur zweckmäßigen Regelung der Ablieferungszeit nötig ist, zeitweilig Preis- und Abschläge in mäßiger Höhe für die Bodenerzeugnisse festzusetzen.

Hinsichtlich der Viehpreise hat der Bundesrat den Anregungen auf Erhöhung der Preise für einzelne Klassen und Gruppen, insbesondere auch der vom Reichstagsausschuß empfohlenen Gleichstellung der niedrigeren Klassen der Schweine bis zu 60 Kilogramm Lebendgewicht mit der nächsthöheren nicht zugestimmt, sondern die Vorschläge des Kriegsernährungsamtes angenommen. Danach betragen vom 1. Mai ab die Preise für Schlachttiere bis zu 60 Kilogramm 53 bis 61 Mt., über 60 bis 70 Kilogramm 57 bis 65 Mt., über 70 bis 85 Kilogramm 67 bis 75 Mt., über 85 bis 100 Kilogramm 72 bis 80 Mt. Das bedeutet gegen früher eine Preisminibderung von 20 bis 25 v. H.

Infolge dieser Preisentung ist im April auf ein starkes Angebot von Schweinen zu rechnen, das auch zur Verhinderung der Verfütterung von für Ernährungszwecke gebrauchten Bodenerzeugnissen erwünscht ist. Deshalb werden die Mindestpreise nicht gleichzeitig, sondern erst zum 1. Juli gesenkt, um für die Monate Mai und Juni, wo wegen der Knappheit an sonstigen Nahrungsmitteln, ebenso wie im April eine verstärkte Lieferung von Schlachttvieh nötig sein wird, ein ausreichendes Angebot zu sichern und die wirtschaftlich besonders nachteiligen Zwangsenteignungen von Vieh nach Möglichkeit entbehrlieh zu machen.

Die Schlachttviehpreise betragen vom 1. Juli ab: 1. für gering gemästete Rinder einschließlich Fressern (Klasse C) 55 Mt., 2. ausgemästete Ochsen und Kühe über 7 Jahre, Bullen über 5 Jahre und abgefleischte Ochsen, Kühe, Bullen und Färsen jedes Alters (Klasse B) 60 bis 85 Mt., 3. für ausgemästete oder vollfleischige Ochsen und Kühe bis zu 7 Jahren, Bullen bis zu 5 Jahren und Färsen (Klasse U) 90 Mt.

Die Preisentung gegen früher beträgt rund 15 v. H.



Unsere Ernährung.

Amlich wird gemeldet:

Mit Rücksicht auf das Ergebnis der am 15. Februar ausgeführten Getreidebestandsaufnahme...

Demgemäß hat das Kuratorium der Reichsgetreidekasse in einer Sitzung am 23. März mit Zustimmung des Direktors...

- 1. Herabsetzung der täglichen Mehlration von 200 Gramm auf 170 Gramm;
2. Herabsetzung der von Selbstversorgern zu verbrauchenden Getreidemenge von 9 Kilogramm auf 6 1/2 Kilogramm monatlich;
3. Kürzung der den Kommunalverbänden für Schwer- und Schwerfahrlager zugewiesenen Mehlmengen um 25 Prozent;
4. Streichung der Jugendlichenzulagen.

Es ist Vorzorge getroffen, daß, wenn diese Einschränkungen Platz greifen, die Kartoffelzufuhr wieder völlig den Vorschriften entsprechend geregelt ist...

Im übrigen wird wiederholt darauf hingewiesen, daß, wenn die Verringerung der Brotzufuhr in Kraft tritt, ein halb Pfund Fleisch pro Kopf und Woche mehr gewährt wird...

Also die wöchentliche Brotration muß herabgesetzt werden! Dafür soll die Fleisch- und Kartoffelration erhöht werden...

Die Aussichten sind also schlecht. Ist es notwendig zu sagen, daß die Bevölkerung etwas unruhig und misstrauisch ist?

Die Kürzung der Brotration ist notwendig, weil wir sonst nach den Berechnungen der Statistiken vor der Einbringung der neuen Ernte vor dem Nichts ständen.

Harter Frühling

Mich packte nicht des Schlachtfelds großem Grauen, Wie auch, von tausendarm'gem Tod umkrallt...

Danziger Stadttheater

Kätzchen von Heilbronn. Schauspiel von Kleist. Ein Gemisch von Sinn und Unsinn nannte einst Goethe dies Stück des unglücklichen preussischen Dichters.

Indes, von dem wenigem Brot und Mehl kann der Mensch nicht leben. Was vermieden werden soll, wird nur dann wirklich vermieden, wenn der Ertrag für die ausfallenden Brotmengen ausreichend, erreichbar und zur rechten Zeit bereitgestellt ist.

Da die Neuregelung für das ganze Reich an ein und demselben Tage erfolgen soll, so werden Reichsverteilungsstellen und Gemeinden eine ungeheure Arbeit zu bewältigen haben.

Wäre es übrigens nicht besser, es könnte uns möglichst bald bestimmt gefagt werden: Ihr bekommt dies und das und nichts anderes, und zwar so und so viel, nicht mehr und nicht weniger?

Die Zulagen für Schwerarbeiter sollen bleiben, die für Jugendliche aber wegfallen. Auch über die Bedeutung dieser Maßregel wird ein abschließendes Urteil erst möglich sein, wenn die Ertragsfrage vollkommen klar gelöst ist.

Die Herabsetzung der Fleischpreise für die Minderbemittelten führt nur dann zum angestrebten Erfolg, wenn der herabgesetzte Preis für sie wirklich erschwinglich ist.

Einstweilen wollen wir uns gerne der Hoffnung hingeben, daß es doch besser kommen wird, als mancher heute befürchten dürfte. Für die nächste Zeit erwarten wir von den Behörden klare und eindeutige Mitteilungen über Art und Weise der geplanten Maßregeln.

Es bleibt noch übrig, die Wirkung der Nachricht auf das Ausland in Erwägung zu ziehen. Unser Rationierungssystem bringt es ohnehin mit sich, daß unsere Gegner jeden Bissen Brot und jede Kartoffel, die wir verzehren, zählen können.

Von der Fraktion - zur Partei Arbeitsgemeinschaft.

Am 7. Januar 1917 traten die Oppositionsgruppen und -gruppen in Berlin zu einer Reichskonferenz zusammen. Sie vollendeten damit die Parteispaltung, der sie in fast einjähriger Agitation vorgearbeitet hatten.

Die Titelfolle bemühte sich Fräulein Senff-Georgi, ohne allerdings der traumhaften Gestalt ganz gerecht zu werden. Hierbei bleibt allerdings zu berücksichtigen, daß das Kätzchen, so leichtvoll es auch der Dichter gezeichnet hat, doch durch die klavische Unterwürfigkeit gegenüber dem Geliebten uns heute fast unerträglich anmutet.

Der Waffenschmied. Komische Oper von Vorging.

Am 70 Jahre sind seit dem Tode des Meisters dahingegangen und noch immer erscheinen seine Werke wie ein ewig sprudelnder Born heiterer Kunst und deutschen Gemütes. Das gilt auch von seinem Waffenschmied, der uns wie Wagners „Meisterfinger“ ein treues Bild deutschen Bürgerlebens im Mittelalter gibt.

Die Wiedergabe des freundlichen Werkes war unter der musikalischen Leitung des Herrn Heidenreich frisch und lebendig. Herr Seebach sang die Titelfolle. Anfanglich behinderte eine leichte Unpäßlichkeit den Vortrag, das Schlußlied: „Auch ich war ein Jüngling“ erklang jedoch in prächtiger Fülle.

kläre, daß ich die Opposition nunmehr offensichtlich selbst von der Partei getrennt habe. Diese klare Sachlage paßt insbesondere der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft nicht.

Jedoch dieses unehrliche Spiel v. fing nicht mehr. Deshalb macht die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft ihm jetzt selbst ein Ende.

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hat an die ihr anhängenden Organisationen im Reich einen Entwurf ersandt, der den Titel führt:

„Organisation - Grundlinien für die Opposition der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“

Der Entwurf wird im „Vorwärts“ veröffentlicht. In den Einleitungsworten wird die sozialdemokratische Opposition als die einzige wahre Vertreterin der grundsätzlichen Politik gepriesen und für die Zukunft - „wenn die im Heeresdienste stehenden Parteigenossen zurückgekehrt sind und die Grundlagen einer freien Aussprache wieder hergestellt sind“ - wird eine Ausgestaltung von Programmen und Organisation der Partei nach den im Kriege neugewonnenen Erkenntnissen in Aussicht gestellt.

Diese Grundlinien sollen, wie der „Vorwärts“ hört, auf einer neuen Reichskonferenz der Partei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft beraten und beschlossen werden, die für Ostern geplant ist.

Wer den Entwurf gelesen hat, wird nicht mehr bestreiten können, daß die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft eine besondere Partei ist: eigene Leitung, eigene Finanzen, eigene Vereine, die sich wieder nach Agitationsbezirken zusammenschließen sollen, sind über das ganze Reich vorgeordnet.

Jetzt müssen die Lauen und haben Farbe bezeichnen! Wer im Interesse der deutschen Arbeiterklasse für die Zeit im Kriege und nach dem Kriege eine starke, geschlossene Sozialdemokratische Partei für nötiger hält denn je, der wird der Partei nicht nur die Treue bewahren, sondern mit ganzer Kraft für die Stärkung ihrer Organisationen und die Verbreitung ihrer Presse arbeiten.

Volksernährung

Schärfste Beschlagnahme der üblichen Vorräte

Die neueste Nummer des Reichsgesetzblattes enthält eine Bekanntmachung über die Inanspruchnahme von Getreide und Hülsenfrüchten. Es werden durch diese Bekanntmachung die noch in Händen der Erzeuger befindlichen Vorräte an Brotgetreide, Gerste, Hafer und Hülsenfrüchten, desgleichen auch Schrot (Grupe und Grütze) und Mehl, das aus diesen Früchten hergestellt ist, für die Ernährung des Volkes in Anspruch genommen.

Von der Beschlagnahme frei bleiben nur gewisse Mengen, die zur Ernährung des Unternehmers des landwirtschaftlichen Betriebes und der Angehörigen seiner Wirtschaft (Selbstversorger), für die Fütterung der in den landwirtschaftlichen Betrieben gehaltenen Tiere und für Saatzzwecke unbedingt notwendig sind.

Durch diese Bekanntmachung wird die schon in der Presse kürzlich erwähnte Nachprüfung der unbefriedigend ausgefallenen Getreidebestandsaufnahme vom 15. Februar 1917 und die dort angegebene Requisition der Vorräte gesetzlich angeordnet. Es werden beschleunigt Ausschüsse gebildet, die unter Zuziehung von Militärpersonen die Nachschau bei den Landwirten durchzuführen haben.

Vorräte, die nicht freiwillig abgeliefert werden, werden den Eigentümern durch die Ausschüsse weggenommen, solche, die verheimlicht oder absichtlich verschwiegen werden, verfallen ohne Entschädigung dem Kommunalverbande.

Der Geist der Anordnung ist gut. Hoffentlich wird auch die Durchführung überall in diesem Geiste geschehen.

Die Gewerkschaftsvorstände zur Ernährungsfrage.

Die Konferenz der Vertreter der Gewerkschaftsvorstände nahm in ihren Sitzungen vom 20. und 21. März d. Js. Stellung zur Frage der Kriegsernährung, sowie insbesondere zu den Neuerungen des preussischen Landwirtschaftsministers gegen die Eingaben der Gewerkschaften an das Kriegsernährungsamt und an den Reichsanwalt und zu den geplanten Neuregelungen der Preise und Rationierung der wichtigsten Lebensmittel.

Die Vertreter der Gewerkschaften erklären, daß die von dem preussischen Landwirtschaftsminister in den Sitzungen des Preussischen Landtags vom 7., 8. und 15. März 1917 gegen die Eingaben der Gewerkschaften erhobenen Angriffe die Berechtigung ihrer Forderungen in der Ernährungsfrage nicht erschüttern können. Am allerwenigsten können sie sich zu der Auffassung bekehren, daß die einseitige Politik des Landwirtschaftsministers zugunsten der Produzenten den Interessen der Verbraucher entspreche.

vornehme Stimmung. Die Arbeiterklasse muß von den vornehmsten Klassen im Reich wirklich durchgreifende und schnelle Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensmittelfornung herbeigeführt werden.

## Für die Volkswacht

zu werden ist eine Aufgabe, der sich jeder Klassenbewußte Arbeiter, jeder Genosse und jede Genossin, gerade in dieser Zeit mit doppelter Kraft unterziehen muß. Die Volkswacht kann mit Stolz bezeugen, daß sie stets, auch trotz der jetzt bestehenden Beschränkungen, bemüht war, das Organ des Volkes zu sein. Die Treue ihrer Leser war ihr der beste Beweis, daß sie ihrer Aufgabe nach Kräften gerecht geworden ist. Erst einer späteren Zeit wird es vorbehalten bleiben, die Hemmnisse zu zeigen, die der Betätigung einer Zeitung, wie der Volkswacht, infolge des Kriegszustandes entgegen stehen. Aus diesem Grunde ist auch die Arbeit der Oppositionellen gegen die einzige sozialdemokratische Zeitung Westpreußens besonders arbeiterfeindlich und reaktionär. Ganz offen empfehlen diese unglücklich so sehr revolutionären bürgerlichen Blätter für die Volkswacht. Bis hierher sind hierdurch nur den Erfolg, daß sie durch diese Treiberei gegen das sozialdemokratische Arbeiterblatt mehrere nützliche Publikationsarbeiten gegen sich leisteten. Das Wort unseres alten Wilhelm Liebknecht von dem hohen Wert der Arbeiterpresse, der er den geistigen Selbstmord und den Verrat an der arbeitenden Klasse gegenüberstellte, richtet ihre Querschnittsarbeit. Jeder Sozialdemokrat und jedes des Ernstes dieser harten Zeit sich bewußte Arbeitende muß gerade jetzt für seine Volkswacht eintreten.

Als Pionier des Sozialismus hat sie unter schon im Frieden eigenartigen und schwierigen Verhältnissen unentwegt ihre Pflicht getan. Auch der hinführende Weltkrieg wird sein Ende finden. Schon leben wir, wie die große Umwälzung im Osten lehrt, in ereignisreicher Zeit. Da ist eine freie von allen einseitigen Interessen wirkende Presse, wie die Volkswacht, eine doppelte Notwendigkeit!

Jeder Arbeiter verflüchtigt sich an der eigenen Sache, der nicht fern zu der Presse steht, die unerschrocken für alle mit Kopf und Hand Schaffenden kämpft.

Arbeiter, Angestellte, abonniert daher und werbt für die Volkswacht.

## Danziger Nachrichten

### Frühlingslehnen...

Doppelt schwer und dunkel war dieser Kriegswinter. Doch ganz ohne den traumatischen Reiz der warmen Stube, ohne das beruhigende und ohne die innere vom Regen kommende Wärme. Die wohlgeruhete allen Frost verdrängen läßt. Viel, viel mehr als er wird sich einmal überblicken lassen, wie viel dieser Winter vernichtet hat!

Welcher Dichter wollte sich vermessen, die Schönheit, die nur in der Dämmerung zu schauen ist, in unseren Tagen in der Reibungsdecke zu zeigen, und am deren Willen nur das Genosse und geleistet werden kann, was man niemals für erträglich gehalten hätte.

Nun aber kommen die Tage belebender Ahnens. Zwar ist es noch die Härte der Dämmerung des Winters, aber es lacht schon das Blau des Sommers und das leuchtende Weiß der Blüten.

So geht es unter den nach kalten Bäumen, hört den leuchtenden Schimmer der Amelie, hebt in den perlmutternen Blau des Abendhimmels und sieht die Frühlingschwangere Luft mit eigener Wärme in die Lungen. Die Welt wird weit und fern höher liegen und die Würde des Vorgefühl kommen. Der Frühlingswonne die viel vergangene Not entgelten wird.

Und dann fällt die Dämmerung recht über und weiß alles aufzuheben, was die Dämmerung nicht zu einer Vorzeit im Werden. In dem Still der Dämmerung weiß vom Frühlings des Regen und der noch immer schmerzhaft bleibenden Wälder...

So geht es weiter durch die Massen und hast einen Tag geben...

### Die Freie Turnerschaft Danzig

Am 21. März, Sonntag, im großen Saal der Festspielhalle...

### Für die Kriegsanleihe

Am 21. März, Sonntag, im großen Saal der Festspielhalle...

Den Odenburg-Janssien und Dr. Willinggrube... sprechen als Paraderbner in der am 15. März, nach Schluß des 42. westpreussischen Provinziallandtages, im Danziger Hof abgehaltenen Generalversammlung der westpreussischen Konventionen. Dr. Willinggrube ist der neuerdings in Ostpreußen gewählte Abgeordnete der Danziger Arbeiterpartei. Er ist bekannt wegen seiner sehr umfangreichen Annahmen während des Krieges. Er führte auch in dieser Versammlung aus: Kurland und Litauen will er nicht abgeben, sondern der litauische U-Bootkrieg ist ihm nicht scharf genug. Auch will er die deutsche Reichspolizei bis an den englischen Kanal ausgedehnt wissen. Belgien muß nach ihm unter deutsche Oberhoheit kommen. Dem Redner wurde starker anhaltender Beifall gezollt. Der bekannte westpreussische Agrarierführer v. Odenburg-Janssien erschien als Major mit dem Eisernen Kreuz und wurde gleich mit stürmischem Beifall begrüßt. Er ist deshalb besorgt, weil nach seiner Meinung jetzt viel zu häufig gefragt werde, was die Sozialdemokratie machen würde? Das preussische Dreiklassenwahlrecht sei ganz berechtigt, weil 53 Prozent der preussischen „Untertanen“ keine Steuern zahlten, 5 Prozent dagegen 78 Prozent der Steuern aufzubringen. Die Feldgrauen beschäftigen sich überhaupt nicht mit der Frage des besseren Wahlrechts! (Diese Ausführungen erinnern lebhaft an ähnliche, die die Danziger Neuesten Nachrichten unlängst als Zurschiffung des Kommandeurs eines Reserve-Infanterieregiments brachten. Red.) Sehr eingehend besprach Redner die Ernährungsfragen. Seine Art ist aus den Briefen, in denen er sich gegen die Klüßel der Kriegsgefellschaften und für teure Erzeugnisse der Landwirtschaft erklärte, leider nicht mehr unbekannt. Auch hier erklärte er, daß die Verteuerung in mancher Hinsicht unberechtigt in anderer dagegen berechtigt sei. Er wendete sich gegen den preussischen Ernährungskommissar, Unterstaatssekretär Michels, weil er im Abgeordnetenhaus dafür gesprochen habe, die Vorräte, die nicht aus ihrem Kreis genügend Nahrungsmittel heraus holten, durch andere zu ersetzen. Die Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide sei zweckmäßig gewesen. Dann habe man jedoch auf Drängen der Sozialdemokratie durch Höchstpreise auf andere landwirtschaftliche Erzeugnisse eine unbeschreibliche Unruhe und den Rückgang der Produktion herbeigeführt! Für 5 Mark pro Zentner könne kein Landwirt die Kartoffeln an die Bahn fahren. Es ließe sich nur für 8 Mark machen! Die Höchstpreise müßten eben so hoch festgesetzt werden, daß auch die Erzeuger mitkommen könnten, die am ungünstigsten produziert. Seigenügen hohen Preisen würde es im nächsten Jahre, so habe er einem hohen Herrn in Berlin gesagt, so viel Kartoffeln und Zucker geben, als man nur wollte! Wollte man nicht einen Preis von 8 Mark für 6 Pfund Kartoffeln ansetzen, dann würde es keine geben, wenigstens nicht so viel wie gebraucht würden. — Diese an sich sehr deutlichen Ausführungen zeugten nicht gerade von besonderer Opferwilligkeit der großen Landbesitzer. Die Zuhörer hatten den Redner offenbar ganz genau verstanden und billigten leider durchaus seine für unser Volk und besonders die Armeren sehr nachteiligen Ansichten durch langanhaltenden stürmischem Beifall!

### Oppositionelle Methoden

Die von uns schon in der vorletzten Nummer mit einigen Strichen gezeichnete „Arbeit“ der aus der Sozialdemokratie ausgeschiedenen Arbeitsgemeinschaftler und Spartakusse wird noch immer so fortgesetzt, wie es ihren „Grundsätzen“ entspricht. Sie kennen nur den Kampf gegen die Sozialdemokratie, bürgerliche Gegner gibt es für ihren „revolutionären Umwandlung“ nicht! Gegen die Arbeiterpartei ist besonders ihren Leitern jedes Mittel der Enttarnung und Täuschung gut genug. Sie können sich eben nur auf dunkle Irreführung verlassen. Ihre am 11. März öffentlich gegründete Sonderorganisation nannten sie bekanntlich: Sozialdemokratischer Verein für Danzig-Stadt und Land (alte Richtung). Diese absichtlich täuschende Bezeichnung wird nun von den Berbern der Sonderbündler dahin „benutzt“, daß sie den Genossen erzählen, sie kämen vom alten sozialdemokratischen Verein! Unter dieser groben Unwahrheit hat man Mitglieder des tatsächlich alten Sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt die Mitgliedsbücher abgefordert. Solchen, die sich durch das dreiste Auftreten täuschen ließen, hat man sie auch wirklich abgenommen. Zwei der aus der Partei Ausgeschiedenen, die Herren F. und Sch., weigern sich sogar, der alten Parteiorganisation das Geld, das sie für verkaufte Beiträge und unverständliche, welche Mittel man dort glaubt gegen die Sozialdemokratie anwenden zu dürfen. F. war vor dem Ausscheiden der Sonderbündler Kassierer des zweiten Bezirks des Sozialdemokratischen Vereins. Nach dem Klärungsbeschluss der Generalversammlung vom 5. Februar versicherte er zwei leitenden Genossen, daß er bei der alten Partei Kleibel bald darauf ließ er sich zum Kassierer der Jank-Böschschen Sonderorganisation wählen. Die Vertrauensmänner des Sozialdemokratischen Vereins haben beschlossen, die finanzielle Verantwortlichkeit der Parteiorganisation unter keinen Umständen zu dulden und gegen selbstherrliche Konstitutionen in der notwendigen Weise vorzugehen. Unsere Genossen werden zugleich wieder darauf hingewiesen, Beiträge nur an solche Kassierer zu zahlen, die die von den Genossen Gehl und Sellin handschriftlich unterschriebene Legitimation vorzeigen.

Waglos läßlich ist die Herabwürdigung der persönlichen und politischen Ehre bekannter Genossen, die eine spezielle Aufgabe des Herrn Bog zu sein scheint. Uns sind darüber von vertrauenswürdigen Genossen ganz bestimmte Angaben gemacht. Vorläufig veranlassen sie uns zu dem, wie Herr Bog nicht so unbedeutende Selbstbekenntnisse mit solchen Adressen zu verknüpfen! Die in dieser Beziehung zugleich ganz offen ausgesprochene Drohung, daß bald wieder ein neues Flugblatt erscheinen werde, kann zwar die Sozialdemokratie, kann aber anständige Men-

schon nicht schrecken. Die unsinnige Revolvermethode der Partei und gleichwertiger Flugblätter kennzeichnet nur diejenigen, die sich solcher trivialen Mittel bedienen zu müssen glauben. Dadurch beweist die Opposition am deutlichsten, daß sie mit Idealen der Sozialdemokratie nichts mehr zu tun hat. Tritt nicht zuletzt auch für den mit allen Mitteln der Wahrheitwidrigkeit geführten Kampf diese hiesigen Oppositionellen gegen die Volkswacht. Trotz der schneidigen Parole des Herrn Bog, daß die Volkswacht ruiniert werden müsse, ist die heilige Mühe bisher ganz umsonst gewesen. Auch bisherige Anhänger der Opposition haben erklärt, daß sie an der oppositionellen Heße gegen die Arbeiterblatt, mit der direkt die Empfehlung der Neuesten Nachrichten verbunden wird, erlitten hätten, wie ungläubig arbeiterfeindlich sie im Grunde sei. Aufgabe aller unserer Genossen und Genossinnen muß es aber sein, den oppositionellen Vernichtungsbestrebungen durch unermüdbare Arbeit für Ausbreitung der Volkswacht gerade zum Quartalsabschluss gegenzuwirken. Die Stärkung der Volkswacht ist die wirksamste Antwort, die der oppositionellen Quertreiberei entgegen werden kann. Sie ist zugleich eine Dankespflicht gegen Feldgrauen Genossen: Kein Sozialdemokrat darf dulden, daß das, was sie in schwerer Arbeit mühsam schaffen halfen, ihnen Rücken durch mißgünstigen Unverstand zerstört wird.

### Praktisches vom Vaterländischen Hilfsdienst.

Von dem Kriegsauschuß wollte Schlosser Sch. einen Zetterschein, weil ihm die Kaiserliche Werft einen solchen verweigert hatte. Da er aber eine monatliche Kündigung hatte, konnte er ihn nicht erhalten — Schlosser Th. von der Kaiserlichen Werft verlangte den Zetterschein, weil er nicht die Hilfe für den doppelten Haushalt erhält. Th. ist kriegerischer, seine Frau wohnt in Sachsen. Seinen Antrag auf Gewährung der Familienbeihilfe hat die Werftleitung abgelehnt. Der Vertreter der Werft machte geltend, daß Th. zwar verheiratet nach Austunft des dortigen Gemeindevorstehers wohne, Frau jedoch bei den Eltern und würde auch von diesen nicht unterhalten. Unter diesen Verhältnissen könne nach der Befugnis des Reichsmarineamts die Beihilfe nicht gezahlt werden. Die entsprechende Verfügung lag dem Kriegsauschuß nicht vor. Trotzdem wurde der Antrag des Schlossers abgelehnt. — Mieter K. klagte auf Erteilung des Zetterscheins, den ihm die Firma D. W. Klawitter verweigerte. Sein Verdienst beträgt pro Tag nur 6 Mark einschließlich der Familienunterstützung. Der Vertreter der Firma machte geltend, K. könne mehr verdienen, wenn er nur wolle, aber er sei faul und bummelig. Der Ausschuh glaubte dies nicht und erteilte den Zetterschein! — Schlosser wollte den Zetterschein, weil er bei der Firma Lehmar zu wenig verdient, er will zur Gewerkschaft gehen. Die Firma war nicht vertreten und hatte nur einen jungen Mann zum Termin geschickt, der sich „die Sache mal mit anhören“ sollte. Die Verhandlung wurde auf 8 Tage vertagt und die Firma dazu besonders geladen. — Zum zweiten Mal erschienen Techniker K. von der Firma F. Schichau, weil ihm nach Erklärungen seiner Vorgesetzten zweifelhaft schien, er bei seinem Abgange, am 31. März, den Zetterschein erhalten werde. Der Ausschuh entschied zu seinen Gunsten, da ein wichtiger Grund für sein Ausscheiden — Steigerung seines Monatsgehalts von 140 auf 300 Mark — vorliege. Er müsse deshalb bei Lösung des Engagements den Zetterschein erhalten. Sollte sich die Firma weigern, so werde der Ausschuhvorsitzende den Schein sofort ausstellen.

### F. Schichau vom Kriegsauschuß verurteilt.

Die, wie wir in der Nr. 12 berichteten, vertagte Verhandlung des Schlossers F. gegen die Schiffswerft F. Schichau wurde weiter verhandelt. F. ist von der Heeresverwaltung zur Arbeitsleistung zurückgestellt. Er beantragte, daß ihm neben der Entschädigung von 2 Mark pro Tag für die Führung des doppelten Haushalts, dieselben Beihilfen gewährt werden, wie den am Ort wohnenden Mitarbeitern. Die Firma machte geltend, daß schon der Wochenlohn der Abkommandierten um soviel höher sei, als die Kürzung der Familien- und Kinderbeihilfe betrage. Die dem Ausschuh gemachten Angaben über die niedrigen Verdienste der Schlosser erschienen ihm zweifelhaft. Der Firma wurde daher aufgetragen, den Nachweis dafür zu bringen, daß die Löhne wirklich nur 24—28 Mark betragen.

Die neue Verhandlung ergab, daß der Durchschnittslohn der Schlosser 30—31 Mark pro Woche bei 60 stündiger Arbeitszeit beträgt. F. hat 32 Mark Wochenlohn, steht also mit seinem Verdienst nicht höher als der allgemeine Durchschnitt ist. Demnach fallen die Angaben der Firma, der höhere Lohn des F. schaffe den Ausgleich für die entzogene Teuerungszulage, als unbegründet zusammen. Darauf wurde vom Ausschuh wiederholt festgestellt, daß die Heeresverwaltung die Arbeitskräfte nur unter der ausbräulichen Bestimmung abgegeben habe 1. daß dieselben genauso wie Zivilarbeiter zu behandeln seien, 2. daß ihnen die Löhne gezahlt werden, die die Arbeiter gleicher Berufs im Betriebe erhalten, 3. daß ihnen als Entschädigung für den doppelten Haushalt eine Vergütung von 2 Mark pro Kalendertag zu zahlen ist. Die Entscheidung des Kriegsausshusses erfolgte als Verurteilung der Werftleitung dahin, daß die von der Heeresverwaltung festgesetzte Entschädigung von 2 Mark pro Tag ausschließlich nur als solche für besondere Ausgaben des doppelten Haushalts anzusehen ist und nicht für andere Entschädigungen aufgerechnet werden darf. Daneben habe der zur Arbeit Abkommandierte ganz denselben Lohn zu beanspruchen, den die hiesigen in gleicher Gruppe beschäftigten Arbeiter erhalten. Die von der Firma an alle Arbeiter gewährten Familien- und Kinderunterstützungszulagen sind als Bestandteil des Lohnes anzuspitzen. Sie stehen daher auch vollständig dem Abkommandierten zu. Auch der zehnprozentige Zuschlag zum Lohn für alle nicht in Afford beschäftigten Arbeiter muß den Abkommandierten, in derselben Weise gezahlt werden, wie allen übrigen Arbeitern. An diesem für die Arbeiter wertvolle Entscheidung knüpfte der

Ausschuß für die verurteilte Firma den Rat, nun auch sämtliche in Frage kommenden Arbeiter nach den festgestellten amtlichen Bedingungen zu entlohnen. Es ist bezeichnend genug, für die Verhältnisse in den großen Betrieben, daß diese Verurteilung erst notwendig werden mußte. Sämtliche bisher in gleicher Weise wie F. benachteiligten Abkommandierten sollten nun ihre Forderungen an die Betriebsleitung ungehindert geltend machen.

### Todesstürze bei F. Schöbau.

Am 26. März forderte der Tod auf der Schichauwerft zwei Opfer unter der Arbeitererschaft. Der erst 14 Jahre alte Arbeiter Pawlowski aus Schönbald stürzte so unglücklich von einem Schiff, daß er einen Schädelbruch erlitt und bald darauf starb. Am gleichen Tage stürzte der 50 Jahre alte Arbeiter Paul Pollakowski aus Joppot von einem Gerüst. Der Wirbelsäulenbruch, den er sich dabei zuzog, führte bald zu seinem Tode.

Der ganz junge und der ältere Arbeiter mußten so tragisch ihr Leben abschließen. Diese und andere Fälle sind die Reversoite der Verhältnisse, die, wie wir heute an anderer Stelle dieser Nummer berichten, zur Verurteilung der Firma durch den hiesigen Kriegsausschuß auf Grund des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst führten, den Arbeitern, die ständig solchen Gefahren ausgesetzt sind, räumte die Firma bisher noch nicht einmal das Recht eines Arbeiterausschusses ein! Auf Grund des Hilfsdienstgesetzes wird sie jetzt doch zu seiner Errichtung gezwungen werden. Es müßte unüberbar gehen, wenn die Schichauarbeiter aus diesen Zuständen nicht den Entschluß faßten, ein heilig für die Gewerkschaftsliste zu stimmen.

### Beschlagnahme baumwollener Spinnstoffe und Garne.

Am 1. April 1917 tritt eine neue Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme baumwollener Spinnstoffe und Garne (Spinn- und Webverbot Nr. W. II 2700/2. 17. R. N. U.) in Kraft, welche das bisher geltende Spinn- und Webverbot Nr. W. II 1700/2. 16. R. N. U. nebst seinen Nachträgen ersetzt. Sie unterscheidet sich von der früheren Bekanntmachung im wesentlichen dadurch, daß ein Teil derjenigen Baumwollspinnstoffe und Garne, die bisher noch beschlagnahmefrei waren, nunmehr ebenfalls der Beschlagnahme unterworfen wird. So ist von jetzt an jeglicher Weberkreuzschnitt beschlagnahmt, ferner Kreppgarne, Frotteegarne und geschmelzte Garne sowie sämtliche baumwollene Ketten, die nicht durch einen nach dem 1. Juli 1916 ausgestellten Freigabeschein freigegeben worden sind. Ferner haben Baumwollspinnereien und Zwirnereien künftig nicht mehr das Recht, Baumwollseile und Spindel-schnüre für den Bedarf ihres eigenen Betriebes herzustellen. Endlich kommt die durch § 9 der bisherigen Bekanntmachung für Baumwollspinnereien und Webereien angeordnete Arbeitseinschränkung in Fortfall.

Der Wortlaut der Bekanntmachung ist in den Regierungsamts- in Kreisblättern und in öffentlichen Anschlägen anzusehen.

### Beschlagnahme und Höchstpreise für Kunstwolle.

Mit dem 1. April ist eine Bekanntmachung W. IV. 2000/2. 17. R. N. U. betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Kunstwolle und Kunstbaumwolle aller Art in Kraft getreten. Durch diese Bekanntmachung werden sämtliche vorerwähnten Kunstwollen und Kunstbaumwollen aller Art einschließlich karbonisierter, auch zulagemengestellter aus gemischten und gewollten wollebenen und halbwoollenen Kunstwollen aus Abfällen der Textilindustrie und in Mischungen untereinander oder mit anderen tierischen und pflanzlichen Spinnstoffen aller Arten beschlagnahmt. Trotz der Beschlagnahme bleibt jedoch die Veräußerung und Lieferung soweit es sich um Kunstwollen oder deren Mischungen mit anderen tierischen und pflanzlichen Spinnstoffen handelt an die Kriegswollbedarfsgesellschaft in Berlin und, soweit es sich um Kunstbaumwollen oder deren Mischungen mit anderen pflanzlichen Spinnstoffen handelt, an die Kriegs-Hadern-Aktiengesellschaft in Berlin erlaubt.

Sollte die Veräußerung der beschlagnahmten Bestände nicht bis zum 15. Mai 1917 an die vorbezeichneten Stellen erfolgt sein, so haben die Besitzer mit der Enteignung zu rechnen. Die Verarbeitung der beschlagnahmten Gegenstände ist lediglich der Kriegswollbedarfsgesellschaft und der Kriegs-Hadern-Aktiengesellschaft sowie den Personen oder Firmen erlaubt, welche die Gegenstände von einer der beiden Gesellschaften zur Verarbeitung erhalten haben. Sind die Kunstwollen oder die Kunstbaumwolle oder die Abfälle, aus denen sie hergestellt sind, nach einem bestimmten Zeitpunkt aus dem Reichsauslande eingeführt worden, so sind sie von der Beschlagnahme ausgenommen.

Gleichzeitig ist für alle Kunstwollen und Kunstbaumwollen, auch soweit sie von der Beschlagnahme nicht betroffen sind, eine Meldepflicht angeordnet worden, sofern die Gesamt-mengen bei einer Person 100 Kilogramm betragen. Die Meldungen haben monatlich an das Webstoff-Meldeamt in einer besonders vorgeschriebenen Weise zu erfolgen und zwar die erste Meldung für den Bestand am 1. April bis zum 15. April. Jeder alle meldepflichtigen Mengen ist außerdem ein Lagerbuch zu führen, aus dem jede Veränderung in den Vorrat-mengen und ihre Verwendung ersichtlich sein muß.

Gleichzeitig ist eine Bekanntmachung W. IV. 2500/2. 17. R. N. U. erschienen, durch welche Höchstpreise für Kunstwollen aller Art festgesetzt werden. Dieser Bekanntmachung ist eine Preisobergrenztafel beigelegt, aus der sich die verschiedenen Preise für die einzelnen Arten und Klassen der Kunstwollen ergeben. Der Wortlaut beider Bekanntmachungen ist in den Regierungsamts-, in Kreisblättern sowie in öffentlichen Anschlägen anzusehen.

### Der Milchpreis

Der Oberpräsident neuerdings für die Provinz Westpreußen geregelt worden. Für Danzig, Elbing, Graudenz, Thorn steht den Erzeugern danach ein Höchstpreis von 24 Pf. für den Liter Vollmilch und von 13 Pf. für den Liter Magermilch zu. In den übrigen Teilen der Provinz ist der Preis um 2 Pf. niedriger; dort dürfen die Molkereien für be-

handelte Milch 1 Pf. mehr nehmen. Für die Vollmilch ist ein Normmehrfachheit von 9 Prozent Voraussetzung. Andernfalls ändert sich der Preis. Die Händler sollen die Milch an die Verbraucher nicht teurer als 4 Pf. über den Erzeugerhöchstpreis begeben. Danach würde die Milch in Danzig 28 Pf. kosten. Leider sollen aber die zuständigen Stellen hier für die Beibehaltung des jetzigen Mittelpreises von 30 Pf. eintreten wollen, weil die Milchhändler behaupten, daß sie ihre Ausgaben mit weniger als 6 Pf. pro Liter nicht decken können. Es ist unverständlich, wie amtliche Stellen, die das öffentliche Interesse, das heißt das der großen Mehrheit der Bevölkerung, fördern sollen, solche Wünsche der Händler unterstützen können. Wir erwarten, daß die entscheidenden Behörden den Milchpreis wenigstens auf den Betrag von 28 Pf. herabsetzen werden.

### Zur Ernährungsfrage.

Auf eine in der Danziger Zeitung zustimmend veröffentlichte Zuschrift des Großkaufmanns Dahms, die wir an anderer Stelle dieser Nummer besprechen, in der gegen die öffentliche Bewirtschaftung der Postoffen Stellung genommen wurde, will der hiesige Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen durch eine Erwiderung antworten. Der Ausschuß behandelte auch eingehend den neuen Kriegsernährungsplan des Herrn von Batodli.

### Vollgewichtiges Brot.

Die Einführung des Verkaufs des Brotes nach Gewicht scheint von nicht wenigen Bäckermeistern noch immer falsch verstanden zu werden. Die Festsetzung einer bestimmten Gewichtsmenge Brot für einen besonders normierten Preis bedingt selbstverständlich, daß man nicht „ein Brot“, wie es früher üblich war, für einen bestimmten Geldbetrag nehmen muß. Ganz im Gegenteil muß man entweder die vorgegebene Gewichtsmenge Brot auch wirklich erhalten oder bei Mindergewicht entsprechend weniger bezahlen. So klar und einleuchtend dies ist, so wenig wird es vielfach beachtet. Die Klagen mehren sich, daß das Brot nicht das erforderliche Gewicht besitzt und Bäckermeister trotzdem nicht den Preis ermäßigen oder das Gewicht ergänzen. Wenn wir nicht irren, wurde schon einmal seitens des städtischen Kriegsernährungsamtes strenge Nachprüfung der Bäder in Aussicht gestellt. Sie sollte nun auch im Interesse der Verbraucher nachdrücklich durchgeführt werden. Wenn die unzulässige Gewohnheit vieler Bäckermeister bei der bevorstehenden Verringerung der Brotmenge beibehalten bleibt, so erhalten die Verbraucher noch eine geringere Menge des wichtigen Nahrungsmittels, als ihnen nach der Einschränkung zusteht. Die Käufer, namentlich die Frauen, scheuen direkte Vorstellungen bei den Bäckern in der nicht unbegründeten Besorgnis, daß sie durch ihren Einspruch in Ungnade fallen könnten.

### Starke Schulkäufe

werden seit kurzem in den Geschäften gemacht. Es besteht die Befürchtung, daß die im März ausgegebenen Bezugsscheine mit Schluß des Monats die Gültigkeit verlieren, weil vom 1. April neue Formulare eingeführt werden. Ein Grund zu dieser falschen Auffassung besteht jedoch nicht. Die im März ausgegebenen Bezugsscheine gelten bis Ende des Monats April, so daß kein Anlaß zu einer Beunruhigung vorliegt. Wenn auch die Erregung der Käufer ohne sachliche Berechtigung ist, so sehen wir doch nicht ein, warum bürgerliche Blätter sich auch aus diesem Grunde in recht mangelhafter Kriegsgröße darüber entrüsten, daß „Klatschbasen“ falsche Gerüchte aufbringen. Sollte ein so gut mit manchen Besplogenenheiten des Handels vertrautes Blatt, wie die Danziger Zeitung, nicht auch vermuten können, daß bestimmte Interessenten solche Gerüchte erzeugen und verbreiten können? Falsche Auffassungen besorgter Frauen verdienen noch lange nicht die häßliche Bezeichnung, die dem Wort Klatschbasen anhaftet.

### Danzigs Kohlennot.

und das völlige Versagen der Stadtverwaltung auch auf diesem Gebiet beschäftigten eingehend die letzten Verhandlungen des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen. Genosse Gehl, der Vorsitzende, erstattete den einleitenden Bericht, der unsere wiederholten kritischen Ausführungen bestätigte:

Ein Ausschuß des Magistrats hat über die Einführung einer Kohlenkarte verhandelt und ihre Einführung für diesen Winter als verspätet abgelehnt. Die Kommandantur hat aber, um im Groben das übermäßige Vorrateinkaufen im Augenblick einzuschränken, die bekannte Verordnung erlassen, nach der jetzt wöchentlich jeder Haushalt nur einen Zentner Kohlen oder Koks kaufen darf. In der Besprechung wurde mitgeteilt, wie sich die Kohlenknappheit bemerkbar mache. Zum Glück habe der Magistrat wenigstens dafür gesorgt, daß er mit der Gasanstalt und dem Elektrizitätswerk nicht in Schwierigkeiten kommt, sondern einen großen Kohlenvorrat für diese Betriebe besitzt. (Gerade deshalb ist die Nichtversorgung der ärmeren Bevölkerung und die Nichteinrichtung von Wärmestuben am so unverständlich. Red. Bw.) Es wurde auch darauf hingewiesen, wie unrichtig die Redensart sei, daß die öffentliche Bewirtschaftung die Waren vom Markte verzeihe. Die Kohlenversorgung liege in Danzig völlig in der Hand des sogenannten freien Handels, und dennoch ist die Kohlenknappheit eingetreten. Die Ursache liege also nicht in der öffentlichen Bewirtschaftung oder im freien Handel, sondern in den Kriegsverhältnissen. (Diese Schlussfolgerung ist doch recht vor-eilig. Sollte nicht eher die zu „freie“ Betätigung des Handels den Kohlenmangel verschuldet haben? Mindestens ist die Probe mit der öffentlichen Bewirtschaftung auf diesem Gebiet doch noch gar nicht gemacht worden. Red. Bw.) Es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß der Magistrat sich in Zukunft der Kohlenversorgung der Bevölkerung annehmen wird und im Sommer für ausreichende Zufuhr auf dem Wasserwege und Anlegung großer Kohlen-vorräte Sorge. Es wurde auch gewünscht, die Einführung einer Kohlenkarte zum Winter vorzubereiten, damit sie in Kraft gesetzt werden könne, sobald die Kohlenzufuhr keine ausreichende sei. Auch die Eröffnung von Wärmehäusern sei u. U. notwendig. Die Hauptstelle des Kriegsausschusses in Berlin hat wiederum Fragebogen über den Kriegshaushalt der Familien

herausgegeben, die von recht vielen Haushaltungsvorständen ausgefüllt werden sollten. Die weitere Bearbeitung hat das Kaiserliche Statistische Amt übernommen. Die Fragebogen wurden auch für Danzig ausgeteilt und sind bei Herrn Gehl zu haben. Sie dienen lediglich statistischen Zwecken.

### Zur Kohlennot

Schreibt uns die Königlich Kommandantur: Die Verordnung der Kommandantur vom 13. März 1917, wonach an Privathäusern wöchentlich nur 1 Zentner Kohle oder Koks abgegeben werden darf, hat vielfach zu Mißverständnissen Anlaß gegeben. Sie bezieht sich, wie ihr Wortlaut sagt, nur auf Privathäuser also nicht auf gewerbliche Betriebe. Durch sie werden auch nicht betroffen Mietshäuser mit Zentralheizung, wenn auch selbstverständlich der Wirten und Mietern solcher Wohnungen die vaterländische Pflicht, sich mit dem Verbrauch des Heizungsmaterials aufs äußerste einzuschränken, obliegt (wie z. B. durch teilweise Abstellung der Heizung oder Herabsetzung des vertragsmäßig ausbedungenen Wärmegrades).

Alte und gebrechliche Personen, die das lange Warten vor den Kohlengeschäften nicht gut vertragen können, erhalten, wie zur Beschaffung von Nahrungsmitteln, Vorratsscheine von der Polizeibehörde.

Gegenüber dem vorjohrenden Eingreifen der Militärbehörde muß leider doppelt hervorgehoben werden, daß irgend eine städtische Maßnahme zum Schutz der Ärmern gegen die grimmige Winter- und auch noch Frühlingstälte nicht erfolgt ist! Dabei sitzen in der Stadtverordnetenversammlung auch Leute, die als Arbeiter ihr Brot verdienen, sich Arbeitervertreter nennen, und erst unlängst den Magistratsmitgliedern ansehnliche Teuerungszulagen bewilligten. Könnten sie denn nicht auch der bitteren Winternöte ihrer ärmeren Mitbürger gedenken? Ihre Pflicht ist es unbedingt gewesen, Sie haben ja aber auch noch niemals gegen den unglaublichen Zustand, daß die liberale Stadt Danzig den Angehörigen unserer Fronten immer noch die Unterstützungszuschüsse verweigert und sie auf schmale Almosen besonderer Bedürftigkeit verweist, den notwendigen Widerspruch gefunden. Sonst hätte diese in ihrer praktischen Wirkung verblüffend einschneidende Rückständigkeit unmöglich noch bestehen können. Einst wird das Volk Danzigs aber auch über diesen Kriegsschutz, seine Träger und Helfer, offen und ungeweiht urteilen können.

### Fischereikommandos.

Das stellvertretende Generalkommando XVII. Armeekorps läßt Seen durch Fischereikommandos abfischen. Anträge sind an die Landräte zu richten. Die Fische werden an den Fischhandelsverband Westpreußen G. m. b. H. Danzig abgeliefert. Von dem Erlös der Erträge erhält der Seebesitzer 85 Prozent; die restlichen 15 Prozent werden zur Deckung der Unkosten verwandt. Die Fischhandelsgesellschaft Westpreußen G. m. b. H., Danzig, Hundegasse 25, ist bereit, auf Wunsch eine andere Art der Verteilung zu vereinbaren, insbesondere dahin, daß der Seebesitzer statt der 85 Prozent des Erlöses, einen Teil der gefangenen Fische erhält.

## Aus Westpreußen

### Ernährungsverhältnisse in Ohra.

Unsere Parteileitung dieses vielleicht größten Danziger Arbeiter-Vororts mußte sich neuerdings wieder nachdrücklich mit den ungenügenden örtlichen Ernährungsverhältnissen beschäftigen. Ohra gehört zum Landkreis Danzig-Höhe. Sein landwirtschaftlicher Charakter gilt natürlich nur für die verhältnismäßig geringe Zahl ländlicher Besitzer. Die weit überwiegende Arbeitererschaft hat davon keinen Nutzen. Auf Beschwerden erklärte jedoch Gemeindevorsteher Lind, daß Ohra als selbstversorgende Gemeinde gelte und deshalb auch keine Butter oder andere Nahrungsfette zugewiesen erhalte. Was dieser Zustand praktisch bedeutet, lehrt die von uns heute abgedruckte scharfe Mahnung des Landrats des als Werdergebiet weit fruchtbareren Landkreises Danzig-Niederung. Es sind denn auch in Ohra in Zwischenräumen von 2 und sogar bis 4 Wochen nur 50 Gramm Butter abgegeben! Seit vier Wochen hat es überhaupt keine Butter gege-

## Abonnieren die Volkswacht!

Der dauernde Bezug im Abonnement für 35 Pfennig den Monat oder 7,00 Mark das Quartal bei freier Zustellung ins Haus ist vorteilhafter als der Kauf der einzelnen Nummer  
:: :: für 10 Pfennig :: ::

Ausschneiden!

Ausschneiden!

### Bestellchein

Bitte recht deutlich schreiben und vollständig ausfüllen!

Ich bestelle hiermit die Volkswacht

frei ins Haus vom ..... ten ..... 191  
für die Monate ..... das ..... Quartal  
Vor- und Zuname .....  
Beruf .....  
Wohnung .....  
und bezahle für { — Monate — Pf.  
                          { — Quartal — Mark.  
Bezugspreis: für 1 Monat 35 Pf., für 1 Quartal 7,00 Mark.  
Abzugeben in der Geschäftsstelle  
Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32.

ben. Die Großstadt Danzig verteilt dagegen wöchentlich 62,5 Gramm Butter. Obra gibt auch nur 200 Gramm Fleisch, Danzig dagegen 250 Gramm. Eier und Gemüsesorten gibt es in Obra gar nicht. Die hier wohnenden Arbeiter sind aber vorwiegend in der Danziger Kriegsindustrie tätig und sollen aber soviel wie ihre Danziger Kollegen leisten. Um die bestehenden Mängel zu beheben, wendete sich die Parteileitung am 22. März an den Gemeindevorsteher. Dieser erklärte, daß er nicht helfen könnte und verwies auf den Landrat. Darauf wurde eine entsprechende Eingabe an diesen gerichtet und darin wurden mindestens die Danziger Rationierungen gefordert. Es ist dringend zu wünschen, daß diese Vorstellungen Erfolg haben.

#### Landwirtschaftlicher Opferbau.

Ist der Gegensatz zwischen Wort und Tat immer bewunderlich, so ist er im Kriege, wo das ganze Volk aufeinander angewiesen ist, aufs schärfste zu verurteilen. Noch klingen die schönen Worte der telegraphischen Versicherung des Bundes der Landwirte an den Kaiser, daß die Landwirte im Interesse der Erhaltung des Vaterlandes zu jedem Opfer und sogar zu jeder Entbehrung bereit seien. Der führende westpreussische Großgrundbesitzer von Oidenburg-Januschew forcierte trotzdem 8 Mark für den Zentner Kartoffeln und hatte seine Andaufläge gerade jetzt erheblich eingeschränkt! Sein Beispiel scheint viel Nachahmung zu finden. So mußte der königliche Landrat des Kreises Marienburg, Geheimrat Regierungsrat Hagemann, neuerdings folgende ungewöhnliche Verordnung erlassen:

„Weil die bezüglich der Milchlieferung und des Milchverbrauchs ergangenen Anordnungen in Baarenhof, Neumünsterberg, Bierzehnhufen und Wengelswalde fast gar nicht beachtet wurden, bin ich gezwungen, alle Milchlieferungen und Butterlieferungen in diesen Ortschaften, mit Ausnahme der Zentrifugen derjenigen Milchviehbesitzer, die die vorgeschriebene Milchmenge bereits abliefern, vollständig zu lassen.“

Wenn der Landrat gegen die agrarische Obstruktion so entschieden durchgreifen muß, um hat er sicher alle mühen Mittel nutzlos erschöpft.

#### Mit dem Revolver in der Hand

Unser stark verbreitetes und wegen seiner rücksichtslosen Urteilsweise bekanntes Hamburger Bruderschaftsblatt, das Hamburger Echo, schreibt unter dieser Spitzmarke am 21. März über die unlängst in Danzig ausgeprochenen Ernährungs-Protestationen des ostpreussischen Landratsführers von Oidenburg-Januschew:

In der am 16. März abgehaltenen Versammlung der westpreussischen Landwirtschaftskammer hat der Junker von Oidenburg wieder einmal seinem geprehten Herzen Luft gemacht. Da seine Wünsche auf Preissteigerung für Getreide, Kartoffeln und Vieh, die geradezu ins Aschgraue gingen, durch den neuen Wirtschafts- und Preisplan nicht erfüllt sind, zieht er ganz gehörig dagegen los. Wie schon in dem bekannten früheren Brief stellte er sich wieder auf den Standpunkt, daß alle Versorgung der freien landwirtschaftlichen Produktion und dem freien Handel mit den landwirtschaftlichen Erzeugnissen überlassen werden sollte. Die Ursache allen Mangels sieht er in der öffentlichen Bewirtschaftung der Erzeugnisse und der Verteilung durch die Gemeinden.

Wie es im Kopf dieses Mannes aussieht, zeigt das Folgende. Er erklärte: „Den Landwirten dreht sich das Herz an Weibe herum, wenn sie die Rat in den Städten sehen, aber wir sind nicht in der Lage zu helfen, denn es sind uns die Hände gebunden. Wir sind gezwungen, auf unserem eigenen Grund und Boden die Kartoffeln mit dem Revolver zu verteidigen.“ Und wenig Minuten darauf erklärte er im Laufe der Debatte, daß er auf seinem Gute die Anbaufläche für Kartoffeln von 500 Morgen auf 400 Morgen herabgesetzt habe!

Kann man sich wundern, wenn Landwirte, die solche Lehren empfangen, durch ihre Maßnahmen dazu beitragen, daß die Not in den Städten von Tag zu Tag größer wird? Mit dem Revolver in der Hand verteidigt der Januschewer Bauer keine Kartoffeln. Gegen wen? Doch nur gegen die hungernden kaiserlichen Verbraucher und gegen die behördlichen Organisationen, die den Verbrauchern die Kartoffeln zuführen wollen. Und er würde selbst keinen Revolver entsenden, wenn ihm für den Zentner Kartoffeln nur fünf Mark oder vier Mark gegeben würden, wie er es verlangt. Man kann sich denken, wie furchtbar sich das Herz dieses Ehrenjunkers beim Kampf um den Anbau der Not der Städte, die er doch nicht lindern kann, weil ihm der Bauerpreis von 8 Mark für den Zentner Kartoffeln nicht gezahlt wird.

Noch einmal kann man sich wundern, daß die Großstädte so furchtbar unter der Kartoffelnot leiden müssen, wenn auf der Versammlung einer Landwirtschaftskammer einer der Herren aus dem preussischen Herrenhaus, der sich hochprügelnder Gurot schämen darf, solche Lehren erteilt? Kann man sich wundern, wenn auch die Preissteigerung der Bevölkerung aus schwerster Arbeit und schon gestiegen hat durch die Getreideunterstützungen und Getreideverfälschung an das letzte Schächtelchen, wenn der Kammerherr von Oidenburg-Januschew als Maßnahmen der Ernährungsbehörden des Reiches und der Einzelstaaten unter dem Jubel einer Landwirtschaftskammer im Schienensystem mit hohen Bergsteigen und so die soziale Rettung der Städte will? Denn die westpreussische Landwirtschaftskammer stimmte dem Junker Oidenburg zu und verwarf den neuen Wirtschaftsplan völlig. Wie sie sich nun seiner Durchführung gegenüber verhalten wird, kann man sich leicht denken.

Man kann es so verstehen, daß den Landwirten, die in ihrer ganzen Betriebsbeurteilung bislang am weitesten von allen arbeitsfähigen Ständen waren, die Eingriffe der Organisationen, die zur Sicherstellung der Volksernährung geschaffen werden mußten, nicht gerade hochwillkommen sind. In diesem Gefühl haben sich die höheren Kreise nicht viel ändern lassen. Aber wer hat sich denn in diesem Kriege keinen Einfluß in seine Lebens- und Betriebsbeurteilung gefallen lassen müssen? Wer hat den Arbeiter, den Lehrer, den Händler, den Landwirt gefragt, ob er gern in den Schützengraben gehe?

Wer fragt den Kaufmann, wenn die Ernährungsorganisation sein Geschäft heute stilllegt, was den Arbeiter und die Kriegerlein, ob sie gern ihr Leben mit Schießpulver fröhen, was den Arbeiter, ob er die ihm vom Hilfsdienstgesetz auferlegte neue Last mit besonderer Freude trägt? Man hat uns gesagt: die Freiheit des Vaterlandes, die nationale Selbstständigkeit des deutschen Volkes erfordern diese Opfer. Gibt es für den preussischen Kammerherrn von Oidenburg-Januschew solche Opfer nicht, für die auch er und seine Landwirtschaftskammer Opfer bringen müssen? Aufschreiend nicht, denn mit dem Revolver in der Hand verteidigt er seine Kartoffeln gegen die hungernden Städte und schimpft dabei auf das perfide Albion, das Deutschland um des größeren Profits auf dem Weltmarkt willen aushungern will.

#### Westpreussische Getreideschiebungen und Beamtenbestechungen

In der letzten Nummer haben wir die Verurteilungen, die die Strafkammer in Graubenz am 21. März anlässlich der großen zwischen Westpreußen und Berlin erfolgten Getreideschiebungen ausgesprochen hat, in der Hauptsache mitgeteilt. Heute geben wir die Verhandlungen etwas ausführlicher:

Ein weiterer Teil der umfangreichen Getreideschiebungen und damit verbundenen Beamtenbestechungen in Westpreußen fand nunmehr vor der Strafkammer in Graubenz seine Sühne. Angeklagt waren: Der Eisenbahngeliebte Gustav Polenz aus Bierzehnhufen (Kreis Bromberg), der kommissarische Eisenbahngeliebte Otto Trag aus Seebruch, der Eisenbahngeliebte Paul Jäschke aus Lesespol, der Gastwirtsohn Walter Jäschke aus Schwetatowo, die Gastwirtswitwe Berta Jäschke ebendort, der Windmühlenbesitzer Leonhard Malicki, der Organist Valerian Malicki und der Müller Theodor Rybarczyk aus Schwetatowo. Die Angeklagten Polenz, Trag und Jäschke sind Kriegsteilnehmer und deshalb zur Aburteilung dem Zivilgericht übergeben.

Die dreizehnstündige, eingehende Verhandlung ergab folgenden Sachverhalt: Bei umfangreichen genauen Revisionen in Berlin im Mai vorigen Jahres wurde in einem Bäckereibetrieb ein Sack Mehl vorgefunden, der als „rumänisches Mehl“ bezeichnet war. Die Revision ergab jedoch, daß dieser Sack Mehl sowie drei weitere Säcke Mehl aus einer anderen Bäckerei und auch aus einem Kolonialwarengeschäft in der Viktoriastraße stammten. Hierauf wurde sofort bei dem Lieferanten dieser Kolonialwarenhandlung eine genaue Durchsuchung vorgenommen, die ein geradezu überraschendes Ergebnis hatte. Zunächst wurden zwei Frachtbriefe vorgefunden, welche über je 10 000 Kilogramm Kartoffeln lauteten, die von Mendenaun, Kreis Schweg, nach Berlin gesandt waren. Ferner wurden mehrere Briefe des mitangeklagten Eisenbahngeliebten Gustav Polenz gefunden, aus denen hervorging, daß er als Stationsvorsteher vom Bahnhof Mendenaun, Kreis Schweg, im Einvernehmen mit dem Inhaber der Berliner Firma Emil Bundzus unter der falschen Deklaration „Kartoffeln“ Getreide nach Berlin geschmuggelt hatte. Mehrere umfangreiche „Schiebungen“ betrieben noch mehrere andere Gruppen aus der Umgegend von Schweg; so auch die Angeklagten Walter Jäschke, Leonhard und Valerian Malicki. Polenz erhielt beim Verladen solcher Sendungen von den Schiebern Geldgeschenke von 10 Mark bis 15 Mark. Er kaufte und verkaufte aber auch noch selbstständig beschlagnahmtes Getreide, wobei er natürlich die Höchstpreise überschritt. Der Angeklagte Trag hat als Stationsvorsteher von Seebruch mehrfach Getreide, das als Kartoffeln bezeichnet war, nach Berlin abgeschickt und dabei durch Bestechungsgelder 100 Mark pro Wagon „verdient“. Dabei stellte er auch falsche Frachtbriefe aus, in denen fingierte Namen vorkamen. Trag „handelte“ ebenfalls selbstständig mit beschlagnahmtem Getreide, und zwar im Auftrage eines Berliner Aufkäufer, wobei auch er die Höchstpreise überschritt. Die übrigen Angeklagten sollten sich nach der Anklage ebenfalls am Verkauf und „Schieben“ beschlagnahmter Getreidevorräte beteiligt haben. In später Abendstunde wurde das Urteil verkündet. Polenz wurde wegen Bestechung, schwerer Urkundenfälschung und Höchstpreisüberschreitung zu zwei Jahren Zuchthaus und 3000 Mark Geldstrafe, eventuell weiteren 200 Tagen Zuchthaus und zu fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Trag erhielt wegen Bestechung, schwerer Urkundenfälschung, Höchstpreisüberschreitung und Vergehens gegen die Verordnung vom 28. Juni 1915 zwei Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust. Jäschke wegen Vergehens gegen die Bestechungsverordnung in drei Fällen 150 Mark Geldstrafe; Walter Jäschke wurde wegen schwerer Urkundenfälschung, Bestechung, Höchstpreisüberschreitung und Vergehens gegen die Verordnung vom 28. Juni 1915 zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und 3500 Mark Geldstrafe verurteilt und Leonhard Malicki wegen der gleichen Straftaten zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis, 3000 Mark Geldstrafe und fünf Jahren Ehrverlust. Valerian Malicki erhielt wegen schwerer Urkundenfälschung und Vergehens gegen dieselbe Verordnung sechs Monate Gefängnis, 1500 Mark Geldstrafe und zwei Jahre Ehrverlust. Rybarczyk wegen Vergehens gegen die genannte Verordnung drei Monate Gefängnis und 3700 Mark Geldstrafe. Bei Polenz und Trag wurde außerdem auf Einziehung der Bestechungsgelder erkannt. Frau Jäschke wurde freigesprochen.

Bei diesen schweren Verurteilungen wird man nicht übersehen dürfen, daß die Verurteilten Opfer der wucherlichen Habgier und Gewinnsucht anderer geworden sind. Nieke trifft in voller Schwere die Verantwortung für die Handlungen und das Schicksal der Angeklagten. Der „freie“ Handel und kein kulturelles Wirken, das unlängst von v. Oidenburg-Januschew und auch durch die Danziger Zeitung als beste Sicherung genügender Ernährung empfohlen wurde, hat sich dadurch ein unvergängliches Kriegsdenkmal gesetzt!

Platow, 14. März. Bestrafte Mühlenbetriebe. Auf Anordnung des Landrats sind die Mühlen des Mühlenbesizers Sullert in Linde und des Mühlenbesizers Friß Bouries in Klein-Buzig geschlossen worden, und zwar erstere auf zwei Wochen, letztere auf sechs Wochen, da die Inhaber und Betriebsleiter dieser Mühlen sich in der Befolgung der gesetzlichen Pflichten unzuverlässig erwiesen haben. (S. 10. 7.)

#### Aus der Partei

##### Wirtschaftspartei der Opposition.

Das auch in Danzig in einigen Exemplaren verbreitete Mitteilungsblatt der Berliner Opposition behandelt das nunmehr bereits einjährige Bestehen der Arbeitsgemeinschaft in breiten Ausführungen, die aber nicht über ihre inhaltliche Wertigkeit hinweg täuschen können. Schließlich fragen auch die Anhänger der Sonderbündler immer lauter, welchen Nutzen sie denn geschaffen und wodurch sie vor allem die gegänglig veräppelte Sozialdemokratie übertrifften haben? In dieser Not hilft sich das fanatische Mitteilungsblatt durch die schmeißig sein sollende Phrase: „Nur Narren und häusliche Marieunder hätten von der kleinen Schar verlangen können, daß sie mit einem Kuck die aus den Fugen gegangene Welt wieder einrenkte.“ Auch diese Unliebenswürdigkeiten können nicht darüber täuschen, daß außerhalb der Arbeitsgemeinschaft kein Mensch von ihr solche Kräfteleistungen erwartete. Wohl aber agitieren ihre eigenen Freunde noch heute gegen die Partei mit Behauptungen, als ob sie solcher Taten fähig sei! Alle einsichtigen Sozialdemokraten mußten von vornherein, daß die Sondergruppen nur die Geschlossenheit der Partei im Bruderkampf schwächen könnten. Es schadet nichts, wenn ein offizielles Blatt der Opposition diese Tatsache als ihren einzigen Erfolg bestätigt.

#### Auch Ostpreußen für die einige Partei.

Gegen die Irreführung der Öffentlichkeit, als ob die Partei in Ostpreußen zur Arbeitsgemeinschaft hielte, wendet sich in einer Erklärung die Königsberger Parteileitung. Anlaß zu dieser Irreführung hat ein angeblicher einstimmiger Beschluß des Bezirksvorstandes des Sozialdemokratischen Bezirksverbandes Ostpreußen vom 11. März gegeben, den die „Beipziger Volkszeitung“ veröffentlicht. Tatsächlich handelte es sich um eine Zusammenkunft der Funktionäre der Arbeitsgemeinschaft, welche aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausgeschlossen sind. Ueber die wirkliche Stellungnahme der ostpreussischen Parteioptionen teilt die Königsberger Parteileitung mit:

Außer in den beiden Kreisvereinen Königsberg-Stadt und Königsberg-Land haben sich in der Provinz nur einzelne Parteigenossen auf die Seite der Arbeitsgemeinschaft gestellt, die somit ebenfalls aus der Partei ausscheiden. Die Kreisorganisationen Memel, Lissit, Gumbinnen-Insterburg, Tilsenburg und Uga stehen aber geschlossen auf dem Boden der Parteimehrheit. Diese Vereine haben seit der vollzogenen Spaltung in Königsberg 115 Mitglieder gewonnen. Im Wahlkreis Goldap-Stallupönen konnte sogar ein Verein neu ins Leben gerufen werden und auch im Wahlkreis Osterode-Raidenburg hat sich wieder eine erhebliche Anzahl Genossen zu einem Kreisverein zusammengetan.

Aus einem weiteren Aufruf in der „Königsberger Volkszeitung“ ist zu entnehmen, daß auch in Königsberg fanatische Oppositionsmänner einen Boykott des Parteiblatts zu inszenieren versuchen, weil es den Standpunkt der Parteimehrheit vertritt. Dabei scheuen sie sich nicht, an Stelle des Abonnements der Volkszeitung, genau wie in Danzig, das einer bürgerlicher Konkurrenzzeitung zu empfehlen. Es geht nichts über Prinzipienfestigkeit!

#### Brutaler Kampf.

Wie wir aus unserem Königsberger Parteiblatt ersehen, hat sich dort durch die Gründung der Arbeitsgemeinschaft eine andere Zusammensetzung der „gewerkschaftlich sozialdemokratischen Fürsorgekommission“ notwendig gemacht. Nach einer Mitteilung der Parteileitung können aber leider eine Anzahl Anträge von Kriegerfrauen um Unterstützung nicht erledigt werden, weil der Parteisekretär der Arbeitsgemeinschaft, Linde, sich weigert, die Unterstützungsanträge herauszugeben. Uns kann dieser oppositionelle Fanatismus, der die Kriegerfrauen für die Parteispaltung leiden läßt, kaum wundern. Erinnern wir uns, daß es die erste Tat der Bremer von Henke geführten Oppositionellen war, als sie die Mehrheit im dortigen Konsumverein eroberten, den Frauen und Kindern der im Felde stehenden Arbeiter und Angestellten des Konsumvereins die bis dahin gewährte Unterstützung zu entziehen. Unverstündlich tobt sich bekanntlich mit Vorliebe an Wehrlosen aus.

— Verboten wurde durch Verfügung des Generalkommandos des 7. Armeekorps vom 23. März das Weitererscheinen der Bergischen Arbeiterstimme, unseres Solinger Parteiblattes.



**„Unsere Marine“**  
Zigarette  
3 Pf.  
einschliesslich Kriegsaufschlag  
Trotz Steuererhöhung  
behalten unsere  
Zigaretten ihre alten  
amerikanischen Qualitäten.  
Georg A. Jasmatzi  
Aktiengesellschaft

Nach einer späteren Meldung sind außer den vorstehend angeführten Truppen noch 20 weitere Regimenter und fünf Bataillone Nationalgarde zum Bundesdienst einberufen, um für den Fall innerer Wirren das Eigentum zu sichern. Diese Truppen wurden aus 18 Staaten des Westens und des mittleren Westens herangezogen. Das Kabinett ist Sonnabendmorgens erneut zusammengetreten und besprach die Frage der Abscheidung eines Expeditionskorps nach Europa. Bis jetzt ist noch keine Entscheidung getroffen worden.

## Politische Rundschau

### Zweite Lesung der neuen Steuer.

Der Reichstag beriet am 27. März die neuen Steuervorlagen in zweiter Lesung. Voran ging eine Anfrage des Nationalliberalen von Calker, die er im Auftrage der Bevölkerungskommission des Reichstags an die Regierung richtete. Er wollte Aufklärung über Absichten der Regierung zur Verhütung von Geschlechtskrankheiten beim Rückfluten der Millionen von Soldaten in die Heimat nach Beendigung des Krieges. Die Auskunft der Regierung war leider unzureichend.

Dann folgte die zweite Beratung der Steuergesetze, da nach Möglichkeit die neuen Steuern noch vor der Osterpause unter Dach und Fach gebracht werden sollen. Den Beginn machte Genosse David mit einer vortrefflichen allgemeinen Kritik der Kriegsteuergesetzgebung der Regierung, bei der sie nicht nur wieder die Unterstützung der bürgerlichen Parteien findet. Jetzt sollen hauptsächlich Steuern auf den Verkehr und auf die Kohlen das große Loch von zunächst 1200 Millionen Mark stopfen. Wir schlagen statt dessen eine weitere Erhöhung des Zuschlags zur Kriegsteuer vor; die Regierung will zwar auch einen Zuschlag, aber nur von 20 Prozent, während wir 33 1/2 Prozent wünschen. David vermisst ferner auf die Erbschaftsteuer, die erhebliche Einnahmen für das Reich bringen könnte. Auch eine Reichseinkommensteuer bereitet sich vor.

Die Reden der bürgerlichen Vertreter von den Konservativen bis zu der Fortschrittlichen Volkspartei ließen erkennen, daß sie an dem zwischen ihnen zustande gekommenen Steuerkompromiß unter allen Umständen festhalten und jedes Zugeständnis in der Richtung der sozialdemokratischen Entwürfe ablehnen wollten. Dem Abg. Blund, Sprecher der Fortschrittlichen Volkspartei mußte Genosse Keil erwidern, daß die von ihm befürchtete 80prozentige Fortsteuerung des Gewinnes nur die in die Millionen gehenden Kriegsgewinne treffen könne. Die übrigen 20 Prozent wären dann immer noch eine ungeheure Summe. Man müsse sein Herz in erster Linie den Armen zuwenden und nicht denen, die trotz aller Härten der Zeit ihr Schäfchen ins Trockne gebracht hätten. Auch der Zentrumsredner Dr. Pfeilger sprach gegen die sozialdemokratischen Vorschläge und für den gesunden Erwerbssinn. Eine große Ueberzeugung war die Haltung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. Im vorigen Jahre hatte diese Partei bekanntlich die Kriegsteuer sehr entrüstet abgelehnt im Hinblick auf den „Verwendungsweck“. Obwohl dieser Zweck sich nicht geändert hat, erklärte doch der Redner der Arbeitsgemeinschaft, heute, daß seine Freunde diesmal für den Zuschlag stimmen würden! Genosse Keil quittierte über diesen „zwanzigprozentigen Fortschritt“ der steuerpolitischen Erkenntnis. So bricht die haltlose Politik der Arbeitsgemeinschaft an ihrer eigenen Unmöglichkeit zusammen. Rettet ist, daß gerade Henke das Steuer-Abkommen seiner Partei verkünden mußte. In Danzig hat er doch gerade vor seinen Oppositionellen die Steuerpolitik der Sozialdemokratie als unverantwortlichen Volksverrat verurteilt!

Zur Befürderung des Personen- und Güterverkehrs sprach als erster Redner unser Genosse Müller, der Nachfolger des verstorbenen Genossen Kühn. Genosse Müller wies in eingehender Kritik auf die Gefahr der Verkehrsbesteuerung hin, insbesondere durch die Besteuerung der vierten Wagenklasse, ferner durch die Besteuerung des Vorortverkehrs und der Straßenbahnen, die eine erhebliche Schädigung der Volksgesundheit in sich schließt. Er unterstrich dabei besonders, daß der Reichstagsausschuß für Bevölkerungspolitik und der Wohnungsausschuß durch einstimmigen Beschluß ihre schweren Bedenken gegen die Besteuerung des Vorortverkehrs geltend gemacht hätten.

Für diese besonders gefährliche Verkehrsbesteuerung erklärte sich auch Abg. Dieckhoff für die Fortschrittliche Volkspartei. Man müsse wegen des Krieges jetzt Anschauungen vertreten, die man früher verdammt (!) und dürfe nicht einseitig auf direkte Steuern sehen!

Inmitten der Verhandlungen über die Steuergesetze erfolgte die am Tage zuvor zurückgestellte Abstimmung über den Antrag auf Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens. Der Antrag fand eine stattliche Mehrheit im Hause.

Am 28. März beschloßen alle bürgerlichen Parteien im Reichstag den Steuerblock gegen die Sozialdemokratie nach den Ausschlußanträgen die Annahme der Verkehrs- und Kohlensteuer. Fast überraschend wurde gerade mit 1 Stimme Mehrheit, mit 119 gegen 118 Stimmen, nur die Freilassung der Fahrkarten bis zu 35 Pfennig beschlossen. Der bürgerliche Steuerreifer dürfte aber leider nicht ruhen, bis er diese auch noch ganz ungenügende Schutzbestimmung in der dritten Lesung wieder beseitigt hat.

### Wahlrecht und Armenunterstützung

Die der „Berliner Lokalzeitung“ hört, wird die Regierung die Berücksichtigung des politischen Odiums, das mit der Annahme von Familienunterstützungen im Wege der Armenpflege in Preußen nach immer verbunden ist, daß nämlich der Unterstützte des politischen und kommunalen Wahlrechts verlor, im Rahmen des Wahlgesetzes anzuordnen, das gegenwärtig in der Ausarbeitung begriffen ist.

Damit weiß man nun endlich, daß ein Wahlrechts-Entwurf in der Ausarbeitung begriffen ist. Hoffentlich werden über den Inhalt dieses Entwurfes bald nähere Angaben gemacht.

### Der gemeinliche Staatssekretär.

Wir lesen im „Vorwärts“: In einer Anzahl Berliner Blätter wird sich im Reichstagsbericht vom Donnerstag an Stelle der Rede

des Staatssekretärs Dr. Helfferich die Bemerkung, daß die Rede wegen Papiermangels nicht habe gebracht werden können. Natürlich muß es etwas auffällig erscheinen, wenn in fünf oder sechs Zeitungen gleichzeitig der Papiermangel gerade in dem Augenblick auftritt, in dem Herr Helfferich den Mund aufst. Es handelt sich dann auch um eine Art organisierten Vorgehens, wir möchten sagen, einen partiellen Streik von fünf Zeitungsverlegern, den diese, notabene ohne vorherige Information ihrer übrigen Berufskollegen, unternommen haben. Wenn Herr Helfferich nach Ansicht dieser fünf Preßgewaltigen in der Frage der Papierlieferung an die Presse nicht entgegenkommend genug gewesen ist, haben sie beschloßen (es handelt sich um die Farmer weit ausgedehnter Insulatenplantagen), Herrn Helfferich an empfindlichster Stelle zu strafen. Er mag reden — aber sie drucken es nicht. Herr Helfferich ist nun aber keineswegs gefonnen, es in Ruhe hinzunehmen, wenn die Berlen seiner Beredsamkeit auf diese Weise einem großen und zahlungsfähigen Publikum vorenthalten werden. Der Kampf verspricht furchterlich zu werden; denn die Anti-Helfferichsche Preßkoalition erstreckt sich vom Äußersten rechten Flügel der Unbeulischen bis in die Reihen des radikalsten Linksliberalismus. Doch Herr Helfferich wird seine Feinde schon zur Kapitulation zwingen, wenn er ihnen einen zwar nicht mit Gold, aber mit Papier beladenen Efel in ihre Tore sendet.

### Zum Wahleresultat im 11. Berliner Landtagswahlkreis

bemerkt der „Vorwärts“: Von den 660 Wahlmännern des 11. Landtagswahlbezirks gaben 423 ihre Stimme ab. Es erhielten: Dr. Franz Mehring 336, der Kandidat der sozialdemokratischen Mehrheit, der Vorsitzende des Deutschen Eisenbahnarbeiter-Verbandes Louis Brunner-Tempelhof 44, und der Kandidat der Fortschrittlichen Volkspartei Ingenieur Fritz Hausberg 43 Stimmen.

Was der Opposition also unter dem Reichstagswahlrecht in Spandau-Osthavelland nicht gelungen ist, das hat sie unter dem Dreiklassenwahlrecht erhalten, nämlich einen Parlamentssitz für Franz Mehring. Eine eigentliche Wahl hat ja nicht stattgefunden, da nach den Bestimmungen des preussischen Wahlrechts bei Mandatswechsel innerhalb der Legislaturperiode nur die Wahlmänner, die zum größten Teil noch von der Hauptwahl her bestehen, über die Neubesetzung des Mandats zu entscheiden haben. Daß diese in Berlin VI, der Hochburg der Opposition, zum größten Teil zu dieser stehen würden, war voraussehen, zumal da die bestehende Organisation auf die Seite der Opposition übergetreten war. Die Anhänger der Partei hatten kaum ein paar Tage vor der Wahl organisatorischen Zusammenstoß gefunden und daher so gut wie gar keine Vorarbeit leisten können. Daß sie nichts destoweniger 44 Wahlmänner durchgebracht haben, bedeutet für die junge Organisation immerhin einen Achtungserfolg. Auffällig ist, daß über 200 Wahlmänner ihre Stimmen nicht abgegeben haben. Die Gründe, aus denen es geschehen ist, sind vielleicht noch näher zu prüfen. Jedenfalls ist nicht anzunehmen, daß es Anhänger Mehrings sind, die sich der Stimme enthalten haben.

### Wird die Sozialdemokratie ungefährlich?

In der „Nationalen Korrespondenz für die Rheinprovinz“ (Nr. 3) schreibt der Vorsitzende der rheinischen Nationalliberalen, Professor Wödenhauer (Köln), zu einer Vortrage Cunows über „Verschiebungen durch den Krieg“:

„Cunow hat vollkommen recht, wenn er aus der großen Verschiebung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse und aus der immer größer werdenden Verbitterung, der schon jetzt durch den Kriegsmüher Geschädigten, nach dem Kriege mehr und mehr ins Proletariat hinabsinkenden Wähler einen großen Zuwachs für die Sozialdemokratie prophezeit. Das Verhalten der Sozialdemokratie im Kriege hat ihr den bis 1914 abschreckenden Namen einer vaterlandslosen Partei genommen und sie in nationaler Beziehung vollwertig in die bürgerlichen Parteien eingereiht. Nach der nun doch wohl mit Sicherheit zu erwartenden Reform des preussischen Wahlrechts und des Gemeindevahlrechts wird sich auch der bisher von seinem Brotherrn abhängige kleine Mann — mag er Beamter oder Kaufmann, Gewerbetreibender oder Arbeiter sein — nicht mehr scheuen, einen Sozialdemokraten zu wählen.“

Der nationalliberale Führer schließt daraus die Notwendigkeit einer eifrigen „volkstümlichen“ Arbeit seiner Partei. Es ist immerhin bemerkenswert, wie hier ein sehr erfahrener nationalliberaler Parteiführer die Wirkungen des Krieges und unserer Politik während des Krieges abschätzt; doppelt bemerkenswert, wenn man diese Ausführungen etwa mit denen Kautskys in der letzten Nummer der „Neuen Zeit“ vergleicht. Also unser Professor der Politik in einem „wissenschaftlichen“ Horoskop der alten Sozialdemokratischen Partei nach dem Kriege alle Schrecknisse der politischen Hölle, Schwächung, Katastrophe und Untergang prophezeit.

### Vorlage eines Arbeitskammergesetzes.

Wie die „Liberalen Korrespondenz“ erfährt, besteht unter den führenden Parteien des Reichstages der Wunsch, das Arbeitskammergesetz noch während des Krieges zustande zu bringen. Ein solcher Gesetzesentwurf hat den Reichstag bereits mehrmals beschäftigt. Zunächst schickte das Gesetz daran, daß die Reichsregierung nicht zustimmen sollte, daß Gewerkschaftssekretäre in die Arbeitskammern gewählt werden können.

### Die erste Frau als Regierungsvertreterin im Reichstage.

Die Kommission für Bevölkerungspolitik im Reichstag hat bei Beratung der Arbeiterinnenfrage den Wunsch ausgesprochen, Frau Dr. Eder, welche dem Kriegsamt angehört, zu hören. Am Sonnabend teilte der Vorsitzende der Kommission für Bevölkerungspolitik v. Calker mit, daß Frau Eder an diesem Tage nicht erscheinen könne, weil sie bis Montag verreist sei. Es wurde aber der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sie am Dienstag als Vertreterin des Kriegsamts an den Verhandlungen der Kommission werde teilnehmen können. Es handelt sich um die Erörterung von Fragen des Arbeiterinnen-schutzes und besonders des Arbeiterinnen-schutzes in kriegswirtschaftlichen Betrieben aller Art. Bisher hat noch niemals eine Frau offiziell an Verhandlungen des Deutschen Reichstages teilgenommen.

### Selbstverwaltung Litauens

Berlin, 25. März. Wie das Moskische Telegraphen-Bureau erfährt, hat der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herr Zimmermann, vor einigen Tagen eine Abordnung von Litauern aus dem besetzten Gebiete empfangen. Der Staatssekretär hat die von der Abordnung ihm vorgetragenen Wünsche angehört und im Laufe der Unterhaltung zum Aus-

druck gebracht, daß die kaiserliche Regierung der litauischen Bevölkerung das größte Wohlwollen entgegenbringe und beim Friedensschluß ihren Wünschen nach Erlangung einer weitgehenden Selbstverwaltung volles Entgegenkommen zeigen werde.

### Afrika

#### Die Daten verlangen Wiederherstellung ihrer Republik.

„Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet: Das Neuterische Bureau hat, natürlich aus Versehen, verkannt zu berichten, daß die Nationalpartei in Transvaal auf Grund des von den Verbänden mächtigen proklamierten Nationalitätsprinzips England ermahnt hat, die Freiheit der Burenrepubliken wiederherzustellen. Die Partei beschloß ihr Gesuch zur Kenntnis der neutralen Regierungen zu bringen. Auch die Nationalisten des Oranje-Freistaates haben der Note zugestimmt, aber die „Ons Vaderland“, das Organ der Transvaalischen Nationalpartei, nähere Mitteilungen bringt.

## Die russische Umwälzung.

### Unruhen bei der Offiziersflotte.

Petersburg, 20. März. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Eine amtliche Mitteilung über die Unruhen, die am 16. d. M. abends auf den Schiffen der Offiziersflotte stattgefunden haben, besagt: Ein Teil der Flotte sprach dem Höchstkommandierenden der Flotte, Admiral Nepentz, sein Vertrauen aus, während ein anderer Teil sein Mißtrauen zum Ausdruck brachte. Während der Unruhen wurde ein Teil der Offiziere getötet oder verwundet. Die provisorische Regierung schickte zwei Abgeordnete denen es nach einigen Verhandlungen gelang, die Ruhe wieder herzustellen und die Flottenmannschaften zu bewegen, sich der neuen Regierung anzuschließen. Es herrscht nun wieder vollständige Ruhe bei der Flotte. Unglücklicherweise wurde Admiral Nepentz am 17. März getötet.

### Revolution und Friede.

Hierüber urteilt die Wiener Arbeiter-Zeitung: Wohl können wir also auch von dem Gesichtspunkt des Friedens die Revolution in Rußland mit Genugthuung begrüßen. Denn wenn es selbst so wäre, daß Zar Nikolaus, der jeden Augenblick geschworen hat, er werde keinen Frieden schließen, solange das russische Kriegsziel nicht erreicht sei, im Innern, aber schon ganz im Innern, dem Abschluß eines Sonderfriedens zugeneigt gewesen sei: so ist es wohl sehr fraglich, ob er, der entwürzelte Selbstherrscher, die Kraft und Macht gehabt hätte, seine angeblich edlen Absichten, an denen sich nun unsere heimischen Reaktionen so erbauen, zur Tat werden zu lassen. Ganz anders ist es die siegreiche Revolution, die dem Volke den Ausblick auf große politische und soziale Reformen eröffnet, in der Lage. Sie kann ungleich leichter Frieden schließen als der Zar, der damit gleichsam zum Verräter an der russischen Sache würde. Und erwägen wir die Frage, ob sich die Revolution leichter behauptet, wenn sie dem unter dem Kriege so furchtbar leidenden russischen Volke den Frieden gibt, oder wenn sie die frucht- und trostlosen Offensiven wiederholt, die schon so unermessliche Opfer gekostet haben, so können wir bei aller Vorsicht nur zu dem Schlusse gelangen, daß sich die Dinge als stärker erweisen werden als alle Kriegsvorläufe, von denen man die Revolutionäre erfüllt glaubt. Die neuen Männer, von der Revolution emporgehoben, von der Revolution angetrieben, werden den revolutionären Gedanken, die vor allem die Beendigung des Krieges sind, folgen müssen. Wir sehen den größten Kriegsstaat in Zuckungen, die seinen ganzen Körper aufs tiefste erschüttern. Wir sehen die Macht des Volkes in einem Maße wirksam, wie sie selten eine Revolution zur Entfaltung gebracht hat. Wir sehen eine Empörung gegen Druß, Unbill, Ungerechtigkeiten sich kräftig durchsetzen. Aus allem dem drängt sich als Schlußfolgerung auf, daß Rußlands Kriegswille zerbrochen wird und die Möglichkeit einer friedlichen Vereinbarung in die nächste Nähe rückt. Mögen die Staatsmänner der Mittelmächte die Möglichkeiten des Augenblicks erkennen und alle kleinlichen Bedenken zur Seite schiebend ihnen gerecht werden!

### Die Arbeiterpartei fordert Friedensverhandlungen

In einem Aufruf der russischen sozialistischen Revolutionäre, der sich in scharfsten Worten gegen die vorläufige Regierung wendet, heißt es, nach einer Meldung des „Berliner Lokalzeitungers“: Arbeiter, Ihr seid die Träger der russischen Umwälzung, Ihr wollt Brot Freiheit und Frieden. Traut nicht den Versprechungen des Bürgertums, in Euren Händen sind die wichtigsten Armeebetriebe. Haltet Euch bereit, den Befehlen, die das Arbeiterkomitee an Euch richten wird. Wir fordern die sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen.

Laut „Moskischer Zeitung“ enthält der Aufruf der russischen sozialdemokratischen Fraktion die Friedensforderung in folgender Form: Das russische Volk habe kein Interesse an dem gegenwärtigen blutigen Weltkrieg. Es lehnt nach Frieden und fordert die sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen. Der Zar wird von den Wällen in Petersburg nur noch Nikolaus Romanow genannt. Auch in einigen asiatischen Gouvernements Reichslands soll die Revolution ausgebrochen sein.

### Finnlands Staatsverfassung anerkannt

#### Allgemeine Amnestie

Petersburg, 21. März. (Petersb. Telegr.-Agentur.) Die provisorische Regierung veröffentlicht ein Manifest, das die finnische Konstitution völlig bestätigt und ihre volle Anwendung anordnet. Das Manifest gewährt außerdem weitgehende politische Amnestie und schreibt für die nächste Zeit die Einberufung des Landtages vor.

Ein weiterer Uras der provisorischen Regierung lautet: Indem wir den gebieterischen Forderungen des nationalen Bewusstseins Folge leisten, erben wir im Namen der historischen Gerechtigkeit zum Andenken an den endgültigen Triumph des neuen Regimes, das sich auf Recht und Freiheit gründet, die allgemeine politische Amnestie an.

### Abkündigung der Todesstrafe — Frauenwahlrecht

Petersburg, 23. März. Nach den letzten Nachrichten schloß sich ganz Rußland mit Einschluß von Finnland, Lulea und Sibirien voll und ganz der neuen Regierung an. Der Justizminister Kerenskij brachte im Ministerrat einen Ge-

Lauf auf Abschaffung der Todesstrafe ein und traf Veranlassung, die Frauen zu den Wahlen für die konstituierende Versammlung zuzulassen. Er befaßt ferner mit allen nur möglichen Mitteln die Rückkehr der wegen politischer Vergehen gewanderten und Verbannten nach Rußland zu erwirken. Die Petersburger Zeitungen erscheinen nicht mehr von dem Jenseitigen. Die Theater werden am Sonntag die Vorstellungen wieder aufnehmen. Das einzige, was an die großen durchlebten Tage erinnert, sind die roten Fahnen und Sandbilder der Freiheit. Die Nachrichten aus der Provinz lauten ermutigend. Sie melden fast einstimmig von der Freude der Bevölkerung, vom Tode des Zarismus befreit zu sein.

Ein Teil der Eisenbahnarbeiter fordere, daß das Volk alle Beamten wählen lasse. Diese Arbeiter hätten schon begonnen, sowohl einen Vorstand wie einen Verkehrsleiter zu wählen.

**Die weitere Umgestaltung der politischen Verhältnisse**  
 Bern, 26. März. „Petit Parisien“ meldet aus Petersburg, augenblicklich sei eine republikanisch-demokratische Partei in Bildung begriffen. Sie wird die Regierungspartei sein und die Kräfte zur Vorbereitung der Wahlen für die konstituierende Versammlung gruppieren. Sie möchte das Studium der sozialen Fragen bis nach den Wahlen verschieben, augenblicklich aber nur eine politische Tätigkeit ausüben. Sie werde in der gegenwärtigen verwirrtten politischen Lage Rußlands eine bedeutende Rolle spielen, das Gegengewicht zu den sehr rührigen Extremisten bilden und ein eigenes Blatt „Die Republik“ herausgeben.

**Kriegsziel: Konstantinopel**  
 Paris, 26. März. Nach einer hier vorliegenden Meldung ersuchte der russische Minister des Auswärtigen Nisulom, der

französischen Presse mitzuteilen, die Befürchtungen wegen der Ausbreitung der Revolution in Rußland seien grundlos. Nach habe die Demokratie das Heil in der Hand. Ihre Ziele seien: der Besitz von Konstantinopel, Austellung Oesterreichs, Organisation des Balkans und die Wiederherstellung Belgiens, Serbiens und Rumäniens. Deshalb sei die Fortsetzung des Krieges beschlossen.

**Zur weiteren Gestaltung der Verhältnisse.**  
 Lugano, 27. März. „Agenzia Stejani“ meldet aus Petersburg vom 26. März: Die konstituierende Versammlung wird endgültig nach Moskau einberufen, und zwar wahrscheinlich auf Ende April.

Der Stockholmer Korrespondent des „Rustoje Slowo“ erhielt eine drahlische Mitteilung aus Moskau, wonach die Proklamierung der Republik unmittelbar bevorstehe. Es ist zweifellos, daß Rußland entschlossen sei, die Monarchie endgültig fallen zu lassen.

**Stockholm, 27. März.** In der letzten Sitzung des Ausschusses der Arbeiter und Soldaten erklärte der Arbeiterführer Stobelew, daß nach zuverlässigen Berichten aus Kronstadt, Reval und Schastopol eine starke Bewegung zur Herbeiführung der Republik im Gange sei. Die gesamte russische Marine sei republikanisch gesinnt. Die russischen Arbeiter haben gegen eine Welt von Widerständen nach jahrelangen Vorbereitungen einen Sieg errungen, der noch lange nicht vor dem Abschluß stehe.

**Gegenströmungen.**  
 Stockholm, 27. März. In Reval unternahmen die zarentreuen Truppen Pogrome gegen die Arbeiter. Dagegen verbrannten die Revolutionäre zahlreiche Häuser, so das Gebäude der Stadterwaltung. Von der Front wurden größere Truppenkontingente zur Unterwerfung der Revolutionäre abgeandt. Da-

bei ereigneten sich regelrechte Straßenkämpfe, die zwei Tage dauerten und schließlich durch den Uebergang der Marine- truppen zu den Revolutionären entschieden wurden.

Während Nisulom und Genossen sich heute nach innen die republikanisch-demokratische Maske auflegen und sich in der Rolle freiheitlicher Volkstribunen gefallen, verschmähren sie nicht, dem Ausland ihr wahres Gesicht zu zeigen, indem sie an dieses Kundgebungen erfassen, die, was imperialistische Gedanken, kriegerische Töne und Beschimpfung des Feindes anbeifft, von denen Sazonowischer Prägung kaum zu unterscheiden sind.

**Literatur**

— Die Verjorgung der Kriegsteilnehmer, ihrer Familien und ihrer Hinterbliebenen. Dieser Führer durch die gesetzlichen Bestimmungen wird in einigen Tagen wieder neu herausgegeben. Wir machen die Interessenten auf das Büchlein erneut aufmerksam.

**Arbeiter-Jugend.** Die soeben erschienene Nummer 5 des neunten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Neuorientierung unserer Jugendbewegung? I. — Die Zeitalter der menschlichen Vorgeschichte. Von Gg. Engelbert Graf. — Der Menschenfreund. Von Karl Bröger. — Entwicklung. Gedicht von Julius Brand. — Vom Photographieren. Von Richard Pfien. (Mit Abbildungen.) — Die Chemie des täglichen Lebens. Von Curt Biging. — Was es noch keine freie Jugend gab. — Aus der Jugendbewegung. — Zur wirtschaftlichen Lage. — Lord Goleston (Gedicht).

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur A. Bartel, Danzig.  
 Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig  
 Druck Königsberger Volkszeitung, O. m. b. A., Königsberg i. Pr.

**Damen-**  
 Kleider  
 Kostüme  
 Blusen  
 Röcke  
 Mäntel  
 Jacken  
**Gummi-Mäntel**  
 Seiden-Sportjacken  
**Spitzer** Gerber-  
 gasse 11/12  
 Spezialhaus für Damen- und Backfisch-Bekleidung 70

**Uhren**  
 mit 3jähriger schriftl. Garantie  
 Große Auswahl  
 in silbernen u. goldenen Damen- u. Herrenuhren  
 Wucheruhren in allen Preislagen  
**S. Lewy Nflgr.**  
 Uhrmacher, nur Breitgasse 28. 71

**Prüfungs- und Einsegnungs-  
 Anzüge**  
 sowie  
**Einsegnungs-Kleider**  
 empfohlen.  
**Erimann & Perlewitz,** Holzmarkt  
 Nr. 23, 25, 26

Ab 15. — bis Ab 20. — können Sie wöchentlich verdienen.  
 Sie können verdienen, indem Sie den angenehmen Arbeit im Hause  
 erledigen. Ein solches und lohnendes Geschäft von uns.  
 Spezialmaschinenfabrik Waischradt & Co., Hamburg 36, Albershof.

**Trauer-**  
 Hüte  
 Blusen  
 Handschuhe  
 zu billigen  
 Preisen.  
**Julius Goldstein**  
 Lorenzengasse 4, gegenüber der Markthalle.

**Aufklärung! Öffentliche Versammlung!**  
 Unsere 5 Kriegsanleihen bedeuten einen rühmlichen Erfolg der deutschen Heimschlupfer, brachten sie doch ein Zeichnungsergebnis von 47,2 Milliarden Mark. Die Feinde beneiden uns um diesen Sieg.  
 Diese sieghafte Kraft unserer Kriegsanleihen müssen wir uns erhalten und kräftig steigern, um den gewaltigen Aufgaben der nächsten Kriegszeit gegenüber gerüstet zu sein und unseren Feinden den Frieden aufzuzwingen.  
 Es gilt unserer Bürgerschaft die eindringliche Kenntnis der wirtschaftlichen und finanziellen Kraft unseres Vaterlandes zu gewähren und damit die Ueberzeugung, daß unser Vaterland auch wirtschaftlich nicht untergehen kann, sondern reiche Lebenskraft besitzt. Der Zeichner der Kriegsanleihe dient nicht nur dem Vaterlande, sondern schafft auch seinem Kapital die denkbar sicherste Anlage.  
 Sachverständige Bürger unserer Stadt haben sich bereit erklärt, durch allgemein verständliche Vorträge jeder gewünschten Aufklärung die Wege zu ebnet. Es wird sprechen:  
 am 31. März, abds. 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Werkspreisanfanges, Herr Dr. Grünspan über  
**„Deutschlands Wirtschaftskräfte“.**  
**Jeder komme! Jeder höre! Keiner fehle!**  
 Wir laden zum Besuch der Vorträge alle Teile unserer Bürgerschaft herzlich und dringend ein.  
**Danziger Bürgerausschuß für die VI. deutsche Kriegsanleihe.**  
 Scholz, Oberbürgermeister  
 und Danziger Organisationen und Vereine. 72

**Bekanntmachung.**  
 Nr. W. IV. 2000 2 17. K. R. A. Kst. Id. Nr. 76 g.  
 W. IV. 2500 2 17. K. R. A.  
 Am 1. April 1917 treten zwei neue Bekanntmachungen betreffend:  
 a) Beschlagnahme und Bestandserhebung von Kunstwoll- und Kunstbaumwolle aller Art (W. IV. 2000 2 17. K. R. A.)  
 b) Höchstpreise für Kunstwollen aller Art (W. IV. 2500 2 17. K. R. A.) in Kraft.  
 Durch diese Bekanntmachungen werden sämtliche vorhandenen Kunstwollen und Kunstbaumwollen aller Art beschlaggenommen, wofür sich die verschiedenen Preise für die einzelnen Arten und Klassen der Kunstwollen aus der beigelegten Uebersichtstafel ergeben.  
 Der Wortlaut der Bekanntmachungen ist in den Regierungsamts-, in Kreisblättern sowie in öffentlichen Anschlägen einzusehen.  
 Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg.  
 den 1. April 1917 76  
**Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.**  
 Der kommandierende General.  
 Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.  
 Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.

**Bekanntmachung.**  
 Nr. W. II 2700 12 17. K. R. A. Kst. Id. Nr. 69 g.  
 Am 1. April 1917 tritt eine neue Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme baumwollener Spinnstoffe und Garne (Spinn- und Webwaren) Nr. W. II 2700 2 17. K. R. A. in Kraft, welche das bisher geltende Spinn- und Webwaren Nr. W. II 1700 2 16 K. R. A. nebst seinen Nachträgen ersetzt. Sie unterscheidet sich von der früheren Bekanntmachung im wesentlichen dadurch, daß ein Teil derjenigen Baumwollspinnstoffe und Garne, die bisher noch beschlagnahmefrei waren, nunmehr ebenfalls der Beschlagnahme unterworfen wird.  
 Der Wortlaut der Bekanntmachung ist in den Regierungsamts-, in Kreisblättern sowie in öffentlichen Anschlägen einzusehen.  
 Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg.  
 den 1. April 1917. 77  
**Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.**  
 Der kommandierende General.  
 Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.  
 Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.

**Notizbücher, Feldpostkarten, Kartenbriefe, Tintenstifte, Briefpapier, Schulhefte**  
 kaufen Sie sehr vorteilhaft in der  
**Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32.**

**Freie Turnerschaft Danzig**  
 2. Osterfeiertag:  
**Familien-Unterhaltungsabend**  
 im Bürgergarten, Schidlitz.  
 Kasseneröffnung 4 1/2 Uhr. Beginn 6 Uhr.  
 Eintrittskarten im Vorverkauf 50 Pf. in der Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32, und im Zigarrengeschäft Sellin, Schüssel-damm 58. — An der Kasse 60 Pfennig.  
 Der Vorstand 78

Echt  
 gefashten **Schnupftabak** offeriert  
 garant. rein.  
**Julius Gosda,** Rohstoffgroßhandlung  
 und Schnupftabakfabrikant  
 Danzig, Gde Hätergasse 5 u. 2. Priestergasse 5. Fernspr. 2428

**Wochenpielplan des Danziger Stadttheaters.**  
**Montag,** den 2. April, 7 1/2 Uhr: „Vogelhändler“.  
**Dienstag,** den 3. April, 7 Uhr: „Lohnhäuser“.  
**Mittwoch,** den 4. April, 7 1/2 Uhr: „Die verlorene Tochter“,  
 Lustspiel von J. Fuld.  
**Donnerstag,** den 5. April, 7 1/2 Uhr: „Der Waffenschmied“  
 von Lorking.  
**Freitag,** den 6. April, geschlossen.  
**Sonabend,** den 7. April, 7 1/2 Uhr: „Sappho“, Trauerspiel  
 von Grillparzer.  
**Sonntag,** d. 8. April, nachm. 5 Uhr: „Das Dreimäderlhaus“,  
 abends 7 Uhr: „Carmen“.